

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Stetigjährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 16. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgespaltene Notizen-
spalte oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereine
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 30 Pf. Inzerate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Ein Nachwort
zum Gewerkschaftskongress.

Der den Verhandlungen auf dem Kongress der Gewerkschaften gefolgt ist, wird mit Befriedigung einen recht beachtenswerten Fortschritt gegenüber den vorausgegangenen Kongressen wahrnehmen. Einen Fortschritt, der sich deutlich zeigte in der Sachlichkeit der Debatten und in der Klarheit der Auffassungen über die einzelnen zur Beratung stehenden Punkte der Tagesordnung.

Viel trug zu dieser erfreulichen Erscheinung die aufsteigende Bewegung der Gewerkschaften bei. Es fehlte das Spintisieren nach neuen Organisationsformen, das immer dann mit großer Wichtigkeit sich hervorwagt, wenn ein Stillstand oder ein Rückgang in einer Bewegung eintritt. Die Gewerkschaften fühlen, daß sie festen Boden gewonnen haben, auf dem sie weiter bauen können, und die Projektmacherei ist in den Hintergrund gedrängt.

Nach ein hervorsteckendes Merkmal kennzeichnet den ganzen Verlauf der Verhandlungen des Kongresses: Ein unverkennbarer Zug eifriger Anteilnahme an den praktischen Aufgaben der Gewerkschaften auf allen Gebieten.

Wenn je der Beweis erbracht ist, daß der Ausspruch des Herrn v. Posadowsky, die deutschen Gewerkschaften seien nur Streikvereine, unrichtig ist, dann auf dem Frankfurter Kongress der Gewerkschaften. Es war geradezu überraschend, in welcher Schärfe einige große Ausstände kritisiert wurden, ohne daß ihnen auf dem Kongress ein Verteidiger erstanden wäre. Die kühle Auffassung wird siegreich, die nicht mehr dem Drängen unorganisierter Arbeitermassen nachgeben will, sondern wohl erwägt, ob alle Vorbedingungen für einen glücklichen Ausgang des Kampfes erfüllt sind. Vor allem verlangt man, daß die einzelnen Berufsverbände so gestellt sind, daß sie nicht bei jeder Lohnänderung sofort nach Unterstützung rufen müssen. Sie müssen ihre Leistungsfähigkeit so steigern, daß ihre Klassen für nicht außergewöhnliche Ansprüche genügen.

Nach vor 10 Jahren wäre die Stellung, welche der Frankfurter Kongress zur Frage der Tarifgemeinschaft und zu den paritätischen Arbeitsnachweisen eingenommen hat, unmöglich gewesen. Feste Vereinbarungen mit den Unternehmern in Lohnfragen und gemeinsamer Arbeitsnachweis hätten leicht als Harmonieübel gegolten.

Die veränderte Situation hat heute eine andere Verteilung dieser Fragen hervorgerufen. Nur starke Gewerkschaften können auf solche Vereinbarungen eingehen, ohne daß man in ihrer veränderten Stellungnahme ein Zeichen der Schwäche erblicken wird. Heute sind die Gewerkschaften auf dem besten Wege, sich einen Einfluß zu eringen, der die Gewähr dafür bietet, daß solche Vereinbarungen auch gehalten werden. Wir sind dabei weit entfernt, etwa behaupten zu wollen, daß sich die Gewerkschaften in eine gewisse Sicherheit wiegen könnten. O nein, sie haben noch viel zu arbeiten, um gesicherte Grundlagen für ihre Tätigkeit zu schaffen; aber gerade in den letzten Jahren sind sie ein gut Stück vorwärts gekommen. Und so war es höchst lehrreich, wie auf dem Kongress allgemein dieser Stimmungsumschlag hervortrat, und der schroff ablehnende Standpunkt nur wenig zur Geltung kam. Gewiß aber bedeuteten diese taktischen Wendungen in keiner Weise eine Aufgabe der Prinzipien der Arbeiterbewegung, was ja der Vorsitzende Bömelburg in seiner Schlussrede zutreffend hervorhob.

Zu den weiteren praktischen Aufgaben dürfen wir die Bemühungen rechnen, mit der Gewerbe-Inspektion in Fühlung zu kommen, um diese auf Mißstände in der Industrie aufmerksam zu machen. Auch die Anregung, die Wahlen der Arbeitervertreter zu allen durch die sociale Gesetzgebung geschaffenen Organisationen zu beachten und zu leiten, fand ungeteilt zustimmende Aufnahme.

Die Arbeitersekretariate, die der Referent, Genosse Segis, treffend als sociale Beobachtungsstationen bezeichnete, haben sich die volle Gunst der Gewerkschaften erworben und ihre Förderung soll mit lebhaftem Eifer betrieben werden. Es herrschte nur eine Meinung auf dem Kongress darüber, daß neben der Pflege des Unterstützungswesens besonders allen jenen praktischen Aufgaben der Gewerkschaften, die ein weites Gebiet der Tätigkeit darbieten, größte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß.

Wir sind überzeugt, die Beratungen des Kongresses haben in der deutschen Arbeiterklasse einen freudigen Wiederhall gefunden; mannigfache Anregungen zu erhöhter, engerer Mitarbeit sind von diesem Kongress in die weitesten Arbeiterkreise ausgegangen. Der Verlauf des Frankfurter Kongresses erfüllt uns mit der frohen Ueberzeugung: Die deutschen Gewerkschaften stehen so stark und so innerlich gefestigt da, daß trotz der Scharfmacher, trotz des angedrohten Zuchtstrahls ihre heilsame und unaufhaltsame Fortentwicklung durchaus gesichert ist. Es geht vorwärts trotz alledem!

Parlamentarischer Zusammenbruch der Generalstabler.

Paris, 14. Mai. (Eig. Ber.) Die Niederlage der Nationalisten in der Kammer Sitzung vom 8. Mai ist in der Sitzung vom 12. Mai besiegelt worden. Es ist der vollständige Zusammenbruch.

Die Sache der Wahrheit und des Rechts ist so stark geworden, ihr Sieg so unvermeidlich, daß die Skrupellosen und die Feigen sich ihr anschließen. Ministerpräsident Dupuy läßt auf Antrag des neuen Kriegsministers, des kaiserlichen Melines, den Major Guignet mahregeln, die allerletzte Säule der Falschheit des Generalstabes in der Revisionenquete, den wohlredigierten Wortführer des geriebenen Freinet. Die überwiegende Mehrheit der Kammer flüchtete begeistert dem Verfall zu dieser Maßregelung und billigte sie durch ein ausdrückliches Vertrauensvotum mit 378 gegen bloß 54 Stimmen (nach den berichtigten Zahlen).

Major Guignet hat sich in der Zeit arg verrechnet. Dem Beispiel der straflos gebliebenen Generalstabsoffiziere folgend, spielte er dem "Petit Journal" durch einen Vertrauensbruch den vertraulichen Briefwechsel Freinet-Delaussé in die Hand. Den gleichen glorreichen Ueberlieferungen getreu, ließ er den Briefwechsel in entstellter Gestalt veröffentlichen. Der Vertrauensbruch, das Disciplinervergehen und die Entstellungen hatten zum Zweck, eine Ministerkrise im Interesse der Fälscherhande herbeizuführen. Das Kabinett Dupuy ist ja in der letzten Zeit bodenlos geworden. Seit der Demission Freinets verüßern die Freihändelnden des Generalstabes, daß auch Dupuy dem famosen "Verrats-Syndikat" beigetreten sei.

Das prätorianische Manöver ist kläglich gescheitert. Major Guignet hat umsonst seine militärische Laufbahn auf Spiel gesetzt. Anstatt einer Ministerkrise, führte der neueste Ansturm der Generalstabler einen parlamentarischen Sieg der Revision herbei und bedeckte mit Schmach den Major Guignet, der bis dahin relativ — im Vergleich mit den entworfenen Justizmördern, Fälschern und Meineidigen — als ein anständiger Klopffischer des Generalstabes galt. In der Debatte bewies nämlich der Minister des Auswärtigen, Delaussé, allemal, daß die Vertreter des Generalstabes, General Chamain und Major Guignet, am 27. April vor dem Vorstehen des Kassationshofes ein Protokoll unterzeichneten, worin sie endgültig die vom Auswärtigen Amte gegebene Uebersetzung der gefälschten Panizzardi-Depesche als richtig anerkannten. Mit anderen Worten, sie unterzeichneten das Geständnis, daß der Generalstab jene Depesche gefälscht hatte. Wenige Tage darauf aber suchte der "loyale" Guignet durch Veröffentlichung des entstellten Briefwechsels dennoch die gefälschte Depesche für echt auszugeben! Eine Entstellung wurde Aufrechterhaltung der justizmörderischen Fälschung wider besseres Wissens, eine Verleumdung des pflichttreuen Auswärtigen Amtes im Interesse der Fälscherhande — man sieht, Guignet ist seiner Vorgänger und Meister durchaus würdig.

Mit Guignet haben sich keine parlamentarischen Hinter- oder Vordermänner arg verrechnet. Sie hofften auf die aus parteipolitischen Gründen sich immer mehr verschärfende Feindseligkeit Melines zum Kabinett Dupuy. Sie hielten den Augenblick für gekommen, mit Melines Hilfe Dupuy zu stürzen. Aber auch dieses Manöver ist zu Schanden geworden. Weil aller unerwünschten Geisteslosigkeit besitzt Meline in hohem Grade das, was den Abenteurern des "Nationalismus" gänzlich fehlt — eine richtige Witterung für die gegebene Situation. Erst nach Abschluß der Dreyfus-Affäre wird er den offenen Kampf gegen das Ministerium aufnehmen, da er sehr wohl weiß, daß er bis dahin als Ministerpräsident unmöglich ist. Vergessens bestrümt ihn die nationalpolitischen Heißsporne, in die Debatte einzugreifen. Er überließ das Amt der Tribune seinen einflussreichen Parteigängern. Es ist übrigens ein öffentliches Geheimnis, daß Meline eine Angriffsrede in dieser Debatte gewagt, Delaussé ihm den Rat anzeigte, daß er, Meline, die gerichtliche Verwertung der Fälschungen Demus (im Prozeß Jola) als Ministerpräsident wider besseres Wissen zugelassen hatte, das heißt, von vornherein wissend, daß es Fälschungen sind.

So kam es, daß die Melinischen Anstürmer meistens sich der Abstimmung enthielten, während Meline sogar für die von seinen Parteigängern belläufige Vertrauensformel stimmte! Seine nicht gehaltene Rede aber gegen den Verleumdiger der "Armee-Trois" Delaussé ist am folgenden Tag als Leitartikel in seinem Leiborgan erschienen, um für die Zukunft sich doch die Gunst der Generalstabler zu erhalten. Das ist Meline, wie er leidet und lebt.

Das letzte Kammervotum hat noch den Vorzug, selbst dem Chamaleon Dupuy es unmöglich zu machen, noch einmal die Farbe zu wechseln. Denn sein Ministerium würde einen neuen Farbenwechsel nicht überleben. Die Zusammenziehung der letzten Kammermehrheit hat übrigens das Kabinett gezwungen, auf der Stelle zwei weitere "Heranzforderungen" (nach dem jammernden Ausdruck der Generalstabler) zu begeben. Der Richter Grosjean, der Vermittler zwischen Guignet und dem "Petit Journal", der schon wegen Teilnahme an der Verleumdungskampagne gegen die Kriminalkammer suspendiert worden war, ist wiederum vor das Disciplinargericht des Kassationshofes verwiesen worden. Andererseits hat der Kriegsminister die Erneuerung der Vorlesungen des Professors Duruy an der Polytechnischen Schule angeordnet.

Jaurès' Agitationsreise in Südfrankreich gestaltet sich zu einem wahren Triumphzug. Er sprach bisher in Grenoble und Marseille. In beiden Städten wurden ihm und seinen Begleitern Ovationen von eifrig französischer Gutmütigkeit. In Marseille kam es bei seiner Ankunft zu einer großartigen Massenkundgebung in den Straßen. Die Agitationsreise galt selbstverständlich in erster Linie dem Kampf gegen den Militarismus auf dem Boden der Dreyfus-Revision. In Marseille sprachen neben Jaurès und Gérault-Richard unsere neuen Genossen Pressensé und Pichari. Letzterer, Renans Schwiegersohn, ist Direktor und Professor an der Pariser "Ecole des Hautes Etudes". In Marseille ist er zuerst öffentlich der socialistischen Partei beigetreten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Mai.

Der Reichstag

gelangte am Montag in der Beratung des Invalidengesetz-Entwurfs bis zu § 20. Es ist zweifelhaft, ob es möglich sein wird, die zweite Lesung vor Pfingsten zu beenden. Bei § 8, der von der freiwilligen Versicherung handelt, wurde von den Herren Antisemiten ein Vorstoß in der Richtung gemacht, daß außer den Betriebsbeamten auch die Kleingewerbetreibenden, Hand-

werksmeister usw. zur Versicherung zugelassen werden sollen. Es ist das ein Verlangen, das auf den ersten Blick sehr plausibel, tatsächlich aber höchst ungerecht ist, weil dem "Mittelstand" dann auf Kosten der Arbeiter ein Vorteil zugewandt würde. Deshalb bekämpften wir den Vorschlag, dem übrigens auch die Regierung feindlich ist. Die Abstimmung wurde ausgefällt. Bei Art. 10 forderten wir die Versicherung von der 13. Woche an, statt erst von der 26. und bei Art. 12 verlangten wir obligatorische Unterbringung der Invaliden — unter gewissen Bedingungen — in Krankenanstalten. Mit jener Forderung blieben wir in der Minderheit, über diese, wie über andere wird erst später abgestimmt werden. Morgen! wünscht der Präsident, der am Schluß der Sitzung eine sehr bewegliche Mahnrrede an den Reichstag hielt. Ob mit Erfolg, das werden wir ja sehen.

Morgen Fortsetzung.

Das Ende der Leutenot-Debatte.

Das Abgeordnetenhaus hat heute die von der Kommission beantragten Maßnahmen zur Beseitigung der Leutenot zu Ende beraten. Eine größere Debatte rief der Vorschlag betreffend die planmäßige Anstellung von kleinen und mittleren Landwirten, sowie von landwirtschaftlichen Arbeitern durch Genossenschaftsverbände und unter Mitwirkung des Staates in dazu geeigneten Bezirken hervor. Ein Antrag Hirsch (fr. Sp.) und Genossen wollte noch hinzugefügt wissen, daß die Anstellung, namentlich in Bezirken mit überwiegender Grogrundbesitz, insbesondere auch durch Verzeilung von Staatsdomänen sowie durch Beseitigung des Familienarbeiters erfolgen soll. Gegen diesen Antrag wandte sich der eigentliche Landwirtschafts-Minister in Preußen, Herr v. Riquel, der zwar zugab, daß die Familienarbeit-Gesetzgebung einer gründlichen Reform bedarf, aber die Beibehaltung der Familienarbeit unter lebhaftem Vorbehalt seiner agrarischen Freunde als eine Notwendigkeit betonte. Im übrigen trat der Minister warm für die planmäßige Anstellung kleiner und mittlerer Landwirte ein und sprach die Hoffnung aus, daß noch in dieser Session dem Hause ein Gesetzesentwurf zugehen werde, nach welchem der Staat 10 Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen, um damit den Zinsfremden zu Gunsten der Anwesenden zu erleichtern, denen das nötige Betriebskapital fehlt. Daß das Haus unter Ablehnung des Antrages Hirsch dem Kommissionsbeschlusse beitrete, war zu erwarten.

Der nächste Kommissionsvorschlag betraf die Forderungen, die die Agrarier an die Militärverwaltung stellen. Von dieser fordern sie a) die Verleihung von im aktiven Militärdienst stehenden Mannschaften zu dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten — Entschleunigung etc.; b) die größere Rücksichtnahme auf die dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten bei der Wahl des Zeitpunktes zur Uebersetzung von Reservisten und Landwehrleuten zu militärischen Übungen; c) die Revision der Dienstvorschriften über Waffengehörnisse für die zur Entlassung kommenden Mannschaften nach der Richtung hin, daß die früher der Landwirtschaft angehörenden Mannschaften nach ihrem Heimathort oder Gesellschafterort entlassen werden.

Auch diesen Vorschlag erhob das Haus zum Beschluß. Es ist charakteristisch, daß dieselben Leute, die fort und fort darüber klagen, daß die zweijährige Dienstzeit zu kurz sei, hier eine so weitgehende Verleihung von Mannschaften fordern. Am schädlichsten für das Gemeinwohl ist der Vorschlag, daß die zur Entlassung kommenden Mannschaften nach ihrem Heimathort entlassen werden sollen. Man will dadurch die Leute indirekt zwingen, wieder die selben Gebilde des österreichischen Interparlamentes anzuführen, eventuell sie hindern, sich nach Arbeit umzusehen dort, wo es ihnen beliebt.

Der letzte Antrag der Kommission verlangte die Erweiterung der Zulassung ausländischer Arbeiter, so weit es die nationalen Interessen irgend gestatten, insbesondere auch zum Gesindebedienst in nicht gemischtpragmatischen Bezirken, sowie die Vereinfachung der von den Arbeitgebern den Behörden gegenüber abzugebenden Verpflichtungserklärungen. Einem weitergehenden Wünsche des Centralagrars Eymala, ausländische Arbeiter ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen zuzulassen, gab das Haus zwar keine Folge, aber die Thatfache, daß es die Erweiterung der Zulassung ausländischer Arbeiter zum Beschluß erhob, zeigt zur Genüge, wie die Junker und Bauerlogen, wenn sie selbst einen Vorteil davon haben, die nationalen Interessen gern außer Acht lassen und sich nicht darum kümmern, ob die auf einer tiefen Lebenshaltung stehenden polnischen und galizischen Arbeiter — denn um solche handelt es sich im wesentlichen — den heimischen Arbeitern Konkurrenz machen.

Wie sich die Regierung zu dem agrarischen Wunschzettel stellen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Alle Wünsche wird sie kaum erfüllen können, aber das wissen die Agrarier selbst und deshalb haben sie so viele Forderungen aufgestellt, daß sie, wenn auch nur ein Teil davon erfüllt wird, völlig zufrieden sein können.

Der Bombenschwindel.

Aus Ancona telegraphiert das "Wolffsche Bureau": In dem Prozeß wegen der während der Reise des deutschen Kaiserpaars in Alexandria beschlagnahmten Bomben wurde am Sonnabendabend von dem hiesigen Schwurgerichte das Urteil gesprochen. Angeklagt ist Vazzani, und zwar der falschen Anschuldigung, weil er ein Komplot erfinden und den Gerichtsbehörden angezeigt und den Klängen an die Fabrikation von zwei Bomben erweckt habe. Der Angeklagte wurde der falschen Anschuldigung schuldig erkannt und unter Jubilation mildernden Umstände zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus und dreijähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt; gleichzeitig wurde ihm auf Lebenszeit die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter abgesprochen.

Damit ist endgültig Klarheit über das Attentat von Alexandria geschaffen worden, so daß selbst reichsdeutsche Offiziere nicht mehr wider die Arbeiterbewegung ansüßeln können.

Wir hatten die Kunde des Bombenschwindels, vor dem die Kaiserreise nach Ägypten aufgehoben wurde, sofort vorhergesagt, als die

erste Meßung aus Alexandria kam und die gesamte deutsche Reaktionspresse eine wüste Hege gegen die „Unstutz-Bewegung“ begann.

Ein Geheimmittel, das der Reaktion unüberwindliche Dienste leisten sollte, ist ihr aus den Händen entschwunden. Mario Vazzani, warum hast Du Dein Handwerk so schlecht verstanden? Warum hast Du der Welt verraten, wie Attentate gemacht werden?

Unaufhaltsam dringen die Russen in China vor, oder betrachten es dort wenigstens. Jetzt sind sie dabei, von China die „Einwilligung“ zu einer direkten Eisenbahnverbindung Ostlands mit dem in russischen Händen befindlichen Port Arthur zu erpressen. Den „Times“ wird aus Peking telegraphiert: Auf Grund des neuen englisch-russischen Abkommens hat die russisch-chinesische Bahn mit Unterstützung des russischen Gesandten die Erlaubnis einer Konzession für eine Zweigbahn nachgefordert, die von Kutschwang oder einem anderen Punkte an der transmanchurischen Bahn über Schanhaiwan nach Peking zu bauen wäre, so daß Port Arthur mit Peking durch eine Bahnlinie in Verbindung stünde. Der russische Gesandte ersuchte um eine baldige Antwort auf diesen Antrag.

Die Chinesen werden natürlich die Absicht und sie werden verstimmt. Das Tsungli-Yamen hat geantwortet, es sei außer Stande, dieser Forderung nach zu treten, weil die chinesische Regierung für jetzt keine weiteren Eisenbahnkonzessionen zu erteilen wünsche, und weil ein ähnliches Verlangen, das ein englisches Candidat erhoben habe, bereits abgelehnt worden sei.

Auch in England macht dieser Beweis russischer Vertragsbreche böses Blut. Die meisten Blätter bezeichnen Russlands neuesten Schritt in China als unfreundliche Handlung gegen England. Die „Times“ sagen: Unsere Macht, unser Ansehen in China sind ernst gefährdet durch den Schritt, den die russischen Diplomaten mit oder ohne Autorität eine Woche nach Unterzeichnung unseres neuesten Abkommens mit ihrem Lande, eine Woche vor Eröffnung der Friedenskonferenz, zu der ihr Gebiet die ganze Welt nach dem Haag einludet, zu ergreifen für angezeigt hielten. „Daily Mail“ schreibt: Der Versuch, eine rein russische Eisenbahn nach Peking zu bauen, mithin die Kutschwang-Schanhaiwan-Linie zu umgehen, würde ein so britischenfeindlicher, den Weltfrieden bedrohender Akt sein, daß wir nicht glauben können, die Jarenregierung würde sich am Vorabend der Friedenskonferenz eines solchen schuldigen machen.

Als ob sich Ausland jemals geirrt hätte, wenn es Vorteile zu erringen und Länder zu erobern giebt.

Deutsches Reich.

Ueber die Revisionsverhandlung des Majestätsbeleidigungs-Prozesses gegen den Genossen Müller wird uns aus Leipzig geschrieben: Die Revision des Angeklagten wurde vom Rechtsanwalt Landsberg aus Magdeburg vor dem Reichsgericht vertreten. Er bekämpfte namentlich die Feststellung, daß der Angeklagte Thäter sei und verwies darauf, daß der Medauctor Schmidt sich inzwischen als Thäter bekannt habe, sowie daß jetzt gegen den Verleger Anklage wegen fälschlicher Zeichnung Müllers als Medauctor erhoben sei. Der Reichsanwalt erklärte, die Revision scheitere an den tatsächlichen Feststellungen. Das Landgericht habe sich durchaus an die vom Reichsgericht aufgestellten Grundsätze gehalten. Begründet erscheine nur die Beschwerde, daß zu unrecht auf Unkrautabwahrung der ganzen Nummer des Blattes erkannt sei. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf völlige Verwerfung der Revision mit der Begründung, daß das Urteil in keiner Weise einen Rechtsirrtum erkennen lasse.

Daß das Urteil gleichwohl ein sachlicher Rechtsirrtum ist, haben wir in der vorigen Nummer dargelegt.

Eine zarte Ermahnung an Professor Sombart gestattet sich die „Post“ anlässlich seiner von uns besprochenen zweierköpfigen Weltfriedensandlung. Das Stimm-Blatt bemerkt nämlich:

Selbstverständlich sind wir nicht gewillt, dem Gelehrten daraus einen Vorwurf zu machen, daß er sich neben den himmelstreichenden Idealen eines ewigen Friedens den Sinn für die nackte Wirklichkeit des Staatslebens bewahrt hat. Möchte sich dieser Sinn für Realitäten nur auch in der Beurteilung innerer und sozialer Verhältnisse mehr als bisher betätigen!

Sombart hat seinen Sinn für die nackte Wirklichkeit des Staatslebens in dem Satz bewiesen, daß in dem Maße, wie die Interessen-Solidarität der Kulturmenschen wächst, sich pari passu (im gleichen Schritt) die Anlässe zu einer gesteigerten Interessengegensätzlichkeit der Nationen mehren.

Die „Post“ wünscht die Uebersetzung dieser realpolitischen Einsicht für die sozialen Verhältnisse. Der Satz der nackten sozialen Wirklichkeit würde dann lauten: „In demselben Maße, wie die Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter wächst, steigert sich ihr Klassengegensatz.“ Ob aber die „Post“ mit dieser Synthese (Verschmelzung) von Stimm und Marx einverstanden sein wird? —

Die dramatisierte Oberbürgermeisterfrage.

Während im Mainonath jetzt im Wiesbadener Hoftheater Festvorstellungen veranstaltet, bei denen die preussische Hofgesellschaft zugegen ist, waltete Opernromantik und jüngste selbstgemachte Höhenollerndramatik, zu der die Muse den Jambomajor Lauff befehlt, bilden das Programm. Die Bühne der Waldenstadt vorwandelt sich in eine dramatische Siegesallee. Die marmorne Verherrlichung vaterländischer Gesandte, die in Berlin den Tiergarten durchquert, wird in Wiesbaden durch Theaterdame, Dekorationsmaler und den dazu gehörigen Textunternehmer bewerkstelligt. Das Unternehmen entbehrt nicht ganz des politischen Interesses insofern, als hier sich offenbart, auf welcher Stufenhöhe sich unsere höheren Kreise bilden, in welcher Gedankenwelt sie sich wohl fühlen. Es wird mancherlei Bekremendes begreiflich, wenn man die Wiesbadener Theatralik recht wahrhaftig.

Demer wurde die Festspielzeit mit der Aufführung von Lauffs „Eisenbahn“ eingeleitet, der Kunststrategie hat diesmal in's vollste Menschleben hinein gegriffen. Er hat die Berliner Oberbürgermeisterfrage, in historischer Verknüpfung natürlich, auf die Bühne gebracht, wetteifernd mit dem Kollegen Shakespeare in dem edlen Vernehmen, der verdeckten Zeit einen Spiegel vorzuhalten. Ein Beweis übrigens, ein wie großes Interesse man in der höheren Gesellschaft dieser Angelegenheit entgegenbringt; sie inspiriert sogar Hoftheater-Poetik.

Der Eisenbahn ist Friedrich II., seines Reichens Kurfürst von Brandenburg im 15. Jahrhundert. In dieser Zeit war — wie das „Meine Journal“ köstlich erzählt — infolge der Rieberverwertung des Raubrittertums das städtische Bürgerium an Macht und Selbstbewußtsein „bedrohlich“ gewachsen. Die Stadtherren wählten eifersüchtig über ihre Privilegien. Ein Mann mit eisernen Zähnen und gepanzerter Faust that not! — und der Mann war eben der Eisenbahn. Da das Bürgerium mit der städtischen Aristokratie nicht zufrieden war, so erschien der Eisenbahn natürlich demokratisch. Friedrich II. erschien in Berlin mit bewaffneter Macht, ein Schutzherr des Volkes, wie das „M. Journ.“ erläutert. Und Eisenbahn diktierte den Frieden zwischen der Stadthierarchie und der Bürgerchaft, indem er u. a. — so versichert Herr Lauff in der von ihm als erläuternde Beigabe in Prosä gedichteten Festschrift — befahl: „Die Vertretung der also Gewählten behalte ich mir vor.“

Am aber partiierten die „Viergewerke“, d. h. die städtischen Patrizier, mit der gemeinen Bürgerchaft. In welcher Weise, berichtet

Die Flottenwerber gehen um und schauen, wen sie in (gold-) trophbar flüssige Wasserpatronen verwandeln möchten. Niemanden verschonen sie: Männer und Frauen, Greise und Kinder, Mündige und noch nicht oder nicht mehr Mündige, Einzelne oder Korporationen — alle müssen zur neuen Religion des Marinismus sich bekehren. In Heidelberg, so berichtet die „Volkzeitung“, existiert bereits ein Schülerflottenverein, der 200 Mitglieder zählt, und die monatlich mindestens 5 Pfennige Beitrag zu Ruh und Frommen des deutschen Flotten-Vereins zahlen müssen. Ein Flottenklub der Sänglinge, sowie ein Marineverein der Angehörigen — auch die Kinder im Mutterleib sind von dem allgemeinen Enthusiasmus ergriffen — sind in Vorbereitung. Der Verbandstag der Vereine mittlerer Beamten der preussischen Staatsbahnen, die 12 000 Beamte umfassen, ist nach einer Wasserpredigt Schweinburgs mit Wein und Weid in der Marinebegeisterung untergegangen, so daß der deutsche Flottenverein jetzt 12 000 Personen auf einmal mehr zählt.

Wir wünschen dieser Bewegung besten Fortgang. Dann wird der Reichstag es bald nicht mehr nötig haben, sich mit Marineforderungen zu beschäftigen. Die Privatbegeisterung macht, zählt und baut alles.

Neunte interparlamentarische Konferenz für Schiedsgericht und Frieden. Mit der Vorbereitung dieser vom 1. bis 4. August d. J. in Christiania stattfindenden Konferenz beschäftigte sich legiti die „Deutsche parlamentarische Friedensgruppe“. Die Gruppe einigte sich dahin, dem vorbereitenden Bureau Konzentrierung auf die Besprechung der Ergebnisse der diplomatischen Friedenskonferenz im Haag zu empfehlen. Für den Fall, daß solche Ergebnisse bis dahin noch nicht genügend vorliegen, wurden praktische Einzelfragen, namentlich der Gehalt des Privateigentums zur See in Kriegszeiten, zur Beratung vorgeschlagen.

Gemeingefährliche Kerze, die sich nicht schenken, auf Kosten der Gesundheit ihres Mitmenschen sogenannte wissenschaftliche Experimente zu machen, nützen bekanntlich in letzter Zeit wiederholt gebrauchmarkt werden. Jetzt lesen wir in einer impetuoseren Zeitung, der Prof. Reisser in Breslau habe mitgeteilt, daß einer seiner Kollegen, den er vorstößt als „schleichen Unbekannten“ nennt, auf frischen syphilitischen Geschwären Impfpusteln mit Kalberlumphe erzeugt und mit dem Inhalt dieser Pusteln Gesunde geimpft hat, die sich an ihn zum Zwecke der Impfung wandten. Also Leute, die gesellschaftlich verpflichtet sind, sich vor der Pockenkrankheit schützen zu lassen, werden mit auf syphilitischen Boden entwickelter Lymphgeimpfung! Dessen findet sich in Breslau ein Staatsanwalt, der sich bei Herrn Prof. Reisser nach dem Namen dieses „Kollegen“ erkundigt?

Vor fünfzig Jahren.

In Offenburg (Baden) fand am Sonnabendabend eine vom sozialdemokratischen Verein und dem demokratischen Volksverein einberufene Volksversammlung statt zur Erinnerung an den 13. Mai 1849, an welchem in den Mauern der Stadt die große Truppen-schau der badischen Volksvereine abgehalten und zugleich das radikalste Programm der ganzen revolutionären Bewegung der vier Jahre ausgeführt worden war. Der demokratische Landtags-Abgeordnete Beude, dessen Vater als Mitglied des Reichsparlamentes sich große Verdienste um die Sache der Volksbewegung jener Tage erworben hat, entwarf in kurzen Zügen ein Bild des badischen Zustandes von 1849 und wendete sich mit besonderer Schärfe gegen das Bestreben der heutigen badischen Nationalliberalen, das Jahr 1849 mit seinen blutigen Ereignissen als das „tolle Jahr“ in einen inneren Gegensatz zu der gleichsam „honetten Revolution“ des Jahres 1848 zu setzen. Nach ihm unternahm es unser Parteigenosse Ad. Ged., die besondere Bedeutung des gefeierten Tages hervorzuheben. Er schloß mit dem Rufus zum Kampf gegen den badischen Nationalliberalismus, dem wir es zu verdanken hätten, wenn heute, nach vollen 50 Jahren, die wichtigste und volkstümlichste Forderung aller freiheitlich gestimmten Elemente, das direkte Wahlrecht zum Landtag, noch nicht durchgeführt werden konnte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch eine abfällige Kritik der Palastreise des Kaiserpaars, wurde der Cigarrenfabrikant Fritz Sauer von der Straßberger Straßkammer zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt.

Ausland.

Italien.

25jähriges Jubiläum Labriolas. Die römischen Studenten aller Fakultäten haben soeben das 25jährige Jubiläum des überall hochgeschätzten Sozialisten, Professor Labriola gefeiert. Das Fest hatte keinen offiziellen, sondern mehr einen privaten, herzlichen Charakter und war deshalb auch um so schöner. Am meisten aber fiel es auf, daß nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Gelehrte und Studenten aller Parteien sich versammelt hatten, um Labriola zu beglückwünschen. Die Studenten überreichten ihm ein Album, während die Studentinnen ihm einen wunderschönen Blumenkorb brachten. Jener sprach ein Socialdemokrat und ein monarchistischer Student, eine Studentin der Philosophie und ein

wieder das „Kleine Journal“: „Den Viergewerken und der gemeinen Bürgerchaft wurden goldene Berge vor Augen gezaubert. Es sei schon recht, also hieß es des Weiteren, daß die Vertreter der Viergewerke allein im Rate saßen, und das solle auch ferner so bleiben — aber unredt sei es, daß die Städte ihre Bürgermeister und Räte nur durch kurfürstliche Gnade erhielten. In diesem Sinne docierten sie weiter — und der gestrenzte Samen schoß ins Getreide und verfeuerte den Acker. Hierzu kamen noch die heimlich in die Wege geleiteten Städteabstände, die lediglich den Zweck verfolgten, dem Fürsten und seinen Reformen zu trotzen. Verend Anle, früher Bürgermeister in Berlin, mit seinem rebellischen Anhang waren Schärfer und Peyer.“

Jetzt greift der Eisenbahn mit dem „gekauften Schwert“ ein und bezwang die „unfürstlichen Ideen“ der rebellischen Bürgerchaft. Jordan zeigte das Stadtwappen den Büren in loyal gebäuer Haltung. Der Führer der Umstürzler, Verend Anle, wurde, weil man seinen Einfluß beim Herzog von Sachsen fürchtete, wie die Chronik berichtet, von einem von Adel, der Hoffe Dank hat verdienen wollen, infom gemeuchelt. Wie Lauff diese historische Schandthat herausgedichtet hat, das bildet das verständnisvolle Entzücken des „Kleinen Journals“, das im Uebertragung der Gefühle und im unmaßhaltlichen Leipzig-Dialekt schreibt: „Das Drama (lies: die vorgelesene Puse des Dichtmajors) forderte gebieterisch eine andere Wendung für den letzten Augenblick des ehgeizigen rebellischen Mannes. Von seinem eigenen Hettis und Jdol, dem Roland, wird er im Drama erschlagen — und mit einer Kypstrophe des Kurfürsten an die sich selbst wiedergefundenen Bürger nimmt das historische Schauspiel seinen Abschluß.“ — Die sich selbst wiedergefundenen Bürger — wels' Glanz der Sprache, wels' Stimmungszauber köstlichen Stils. Hoffen wir, mit Herrn Leon Leipzig, daß auch das Berlin am Ende des 19. Jahrhunderts von sich selbst wiedergefundenen Bürgern bewohnt werden wird.

Das Schauspiel selbst beginnt mit Szenen vor der Kathauslaube in Berlin. Ein Stadtschreiber, namens Maximilian Porkeles — Berlin war in seinen Namen schon damals offenbar arg verjudet —, der böse Geist des früheren Bürgermeisters Verend Anle „hegt“ gegen den Eisenbahn auf. Für Verend Anle ist der Roland von Berlin das Blutbann-Beichen, welches „die Kraft des Wolls in seiner Starrheit, seiner Wugt“ verliert.

Und wie sein Häusling unentwegt das Schwert zu Treuen hielt — soll auch ein starker Rat Die ihm vom Volk verliehene Gewalt Troy Fürstenschelch unentwegt umspannen.“

Prester. Darauf nahm Professor Labriola das Wort, um seine Professorenlaufbahn zu zeichnen, indem er auseinanderlegte, wie seine Gedanken sich bis zum Materialismus und Socialismus entwickelten. Die Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Auch der Unterrichtsminister Bacelli schrieb dem Prof. Labriola einen warmen Brief, worin er ihm zum Jubiläum gratulierte und ihm wünschte, noch lange Zeit an der römischen Universität durch seine hohen Geistesgaben wirken zu können.

Und zu gleicher Zeit verfolgt die italienische Regierung die Geistesgenossen Labriolas mit schimpflichsten Prozessen und Unterdrückungsgeheizen!

Das neue italienische Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Vellour, Ministerpräsident, Jumeres; Visconti-Genosta, Answärtiger; Senator Bonasi, Justiz; Deputierter Carmine, Finanz; Deputierter Boselli, Schaz; General Mart, Krieg; Admiral Bettolo, Marine; Bacelli, Unterricht; Locana, Renten; Deputierter Salandra, Ackerbau; Deputierter Di San Giuliano, Post und Telegraphen. Die Minister haben am Montag dem König den Eid geleistet.

Spanien.

Die Anarchistenfollerungen in Montjuich beschäftigen in Spanien wieder stark die Öffentlichkeit. Aus Madrid wird gemeldet, daß die Regierung angezeigt der haarsträubenden Enthüllungen der „Vida Nueva“ über die Tortur in Montjuich erklärte, sie werde eine Revision des Prozesses anordnen und gegen die eventuell Schuldigen mit äußerster Strenge vorgehen. Gegenwärtig sind 20 auf Montjuich Verurteilte im Bagno; sie weigerten sich, der am 28. Januar ergangenen Verurteilung, einem Nachlaß von einem Viertel der Strafzeit, teilhaftig zu werden, mit der Erklärung, sie verlangten Gerechtigkeit, nicht Gnade.

Barcelona, 15. Mal. Gestern fand hier ein großes Meeting statt zu Gunsten der Revision des Anarchistenprozesses von Montjuich. Eine Resolution wurde angenommen, worin besonders die auswärtige Presse aufgefordert wird, mit der spanischen Presse zusammen zu wirken. Die Redner erklärten, vorläufig keine revolutionären Mittel zur Anwendung bringen zu wollen.

Türkei.

Auszug der Türken von Creta. Die Auswanderung der akerbaureibenden türkischen Bevölkerung aus Candia dauert trotz der Bemühungen des Prinzen Georg und dortiger angesehenen Wissenschaftler fort und wird durch die Aufhebung der bereits nach der Türkei geschickten Glaubensgenossen derselben verstärkt. Die Schiffe, welche Canca passieren, sind mit Türken überfüllt, die nach Smyrna gehen.

Sizilien.

Die philippinische Regierung hat an ihren Vertreter in Paris, Agonello, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Die philippinische Regierung in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Stimmung des Landes ist entschlossen, den Krieg um jeden Preis so lange zu führen, bis die Unabhängigkeit erzielt wird. Das philippinische Volk weist mit Entschiedenheit jede Friedensunterhandlung zurück, die auf die Gewährung einer noch so großen Selbstverwaltung ohne Selbständigkeit sich beschränken würde. Die Nachricht von der Unterwerfung des Generals Luna ist falsch. Unser Heer steht in nächster Nähe Manila und beunruhigt die ganze amerikanische Linie. Regen und Hitze verursachen den Amerikanern große Verluste. Die Spitaler sind vollgepfropft mit kranken und verwundeten Amerikanern. 400 Soldaten des Cincinnati-Regiments sind wegen Insubordination eingesperrt.

Hierdurch wird mancherlei amerikanisches Gesunkler ins rechte Licht gesetzt. — Die Spanier wollen sich jetzt übrigens von den Philippinen zurückziehen. In Madrid erklärte der Ministerpräsident Silvela auf eine Anfrage, betreffend den Angriff der Filipinos auf die Spanier in Jambonga, er habe, da Spanien nicht verpflichtet sei, ein Gebiet zu verteidigen, in dessen Besitz es nicht mehr sei, an General Rios telegraphiert, die Truppen in Jambonga unbesitzlich nach Spanien einzuschiffen und General Odis hiervon Mitteilung zu machen.

Reichstag.

82 Sitzung Montag, 15. Mai 1890, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky. Die zweite Beratung des **Unfallversicherungs-Gesetzes** wird fortgesetzt bei § 8, der die freiwillige Versicherung für diejenigen Personen zuläßt, welche nach den bisherigen Beschläßen dem Versicherungszwange nicht unterliegen. Die Kommission hat den Reich der für die Selbstversicherung in Betracht kommenden Personen gegenüber der Regierungsvorlage erheblich erweitert.

Abg. Richter (fr. Sp.)

beantragt, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Die Kommissionsbeschläße bedeuten eine fundamentale Verschlechterung des Gesetzes und es wäre bedauerlich, wenn eine solche Erweiterung von einem so schlecht beschätzten Hause beschlossen werden sollte. Zwei Kategorien von Personen will die Kommission in die freiwillige Versicherung einbezogen wissen. Erstens alle diejenigen, deren Einkommen 2000 M. übersteigt, aber nicht mehr als 3000 M. beträgt. Die Zahl der hier in Betracht kommenden Personen beträgt für das

Der böse Anle muß schließlich vor dem Eisenbahn niederknien und wird obendrein für verkehmt erklärt. Anle tritt im zweiten Akt unsichtbar — Rache dem Kurfürsten schauend. Die Masse wird aufgewiegelt. Porkeles hilft dabei und vertritt mit der Offenherzigkeit, die einem Lauffischen Helden ziemt, die Geheimnisse seines Handwerks:

Ich froh mich durch — ich spigte mein Gebör —
Praterisierte — ging mit ich im Drei —
Der bösen Menge um das böde Maul — — —
Hier ein Pamphlet — ein hämisches Poem —
Und Weissal färlen Genossen und Gevatter —
Und ich docierte, wie am Fürstehof —
Nur Byzantiner sich im Stauhe wälzen —
Ein ganzes Heer von Kriechern — Speigelleckern
Lich ich erstehn — — — und wie die Matte sich
Den ellen Wankt an blanker Schwarte mästel,
So mit der Dummheit der Gewerkschaft
Hab' ich gemästel um're Sonderpläne. —
Den Fürsten selber zog ich in den Schmutz,
Weil ihm das Herz für die Geringen mangelt.

Verneviß (fast drohend):
Das aber stimmt nicht!

Porkeles (grinend):
Stimmt nicht?!

Auch egal —

Wenn's nur verjängt, und wigt; Es hat verfangen.

Bah, Wälderchen! — nichts ist so abgeschmackt,
Es wird verdamt —

Wenn nur ein Kopf, ein abgefeinter Kopf

Es glaubhaft weiß dem Wöbel zu verlegen. —

Und so geschah es — daß am Vogelleim

Der Wagenschaft die dummen Gimpel Heften

Vogelleim der Wagenschaft — Poesie Dein Name ist — Lauff!

Dritter Akt. Sitzung im Mathause. Kurfürst, Anle erweist sich zum Herrscher. Der trene Blankensfelde will aber nicht dem Kurfürsten abknien. Da befehlt der schenklige Anle dem Pentor, daß er die lästerliche Hand“ des Mannes abhaut. Der Bürgermeister Mathenow aber muß mit den Worten sterben:

Mensch . . .

Die Nacht ist idern, die du dir geschaffen —

Das Urtier regt sich, das du ausgemerd —

Es zischt nach dir — und seiner Rechte frei,

Wird es auch dich in seiner Wut verschlingen. . .!

Reich ungefähr 400 000. Noch größer ist der Kreis derjenigen, die zweitens nach den Kommissionsberichten in Frage kommen, das heißt der Personen, die mit einem oder zwei Gehilfen arbeiten. Die Zahl dieser beträgt ungefähr 1 1/2 Millionen. Eine solche Erweiterung der Versicherung würde auch tief in die Verhältnisse der Versicherungsanstalten eingreifen. Die sogenannten schlechten Risiken der Privat-Versicherungsanstalten würden dann der staatlichen Versicherung zur Last fallen. Man hat gesagt, dies Gesetz geht durch den Reichszusatz schon über den Staatssozialismus hinaus in das sozialistische Fahrwasser. Wenn mit der Ausdehnung so fortgefahren wird, kommen wir schließlich zu einer großen Reichs-Versicherungsanstalt, die an jeden, der über 70 Jahre alt ist, eine Rente zahlt. Außerdem würden auch rein finanziell an den Reichszusatz zu große Anforderungen gestellt werden. Er beträgt jetzt schon 20 Millionen und wird doch schließlich auch wieder durch indirekte Steuern aufgebracht, die gerade den Mittelstand belasten. Ich glaube, daß ich nunmehr meiner Aufgabe als freiwilliger Regierungskommissar genügt habe (Heiterkeit) und muß abwarten, ob die Regierung selbst sich ebenso entschieden gegen die Fassung erklären wird wie in der Kommission.

Abg. v. Löbell (Konf.):

Gegenüber dem Abg. Richter behaupte ich, daß wohl das Bedürfnis für freiwillige Versicherung bei den Personen vorliegt, die die Kommission erwähnt. Die kleinen Gewerbetreibenden haben so lange für ihre Arbeiter zahlen müssen, da darf man es ihnen nicht verargen, wenn sie auch einmal für sich selbst zahlen wollen, um selbst in den Bezug einer Rente zu gelangen. Wir treten stets in Stadt und Land für den Mittelstand ein, das ist unser Programm, dessen Verwirklichung uns sehr am Herzen liegt. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wurm (Soz.):

Alle Gründe, die der Herr v. Löbell vorgebracht hat, sind nicht stichhaltig. Wenn die Herren Mittelstandspolitiker treiben wollen, hätten sie dazu Gelegenheit gehabt, als wir unsere Anträge auf Ausdehnung der Zwangsversicherung stellten. Die Mittelstandspolitiker, die die Herren hier treiben, heißt einfach, Mittelstandsfreundlichkeit auf Kosten der Werkmeister der Arbeiter zu schauen. Es ist grundfalsch, daß die Rente, die die Versicherten bekommen, ihren Beiträgen entspreche. Diejenigen, die nur 400 Wochen hindurch Beiträge zahlen — und sie müßten Thoren sein, wenn sie länger zahlen, denn sie bekommen im letzten Falle ja doch nur dasselbe, wie im ersten — diese Leute bezahlen in den 400 Wochen 144 M. Beiträge und bekommen dafür eine jährliche Rente von 254 M. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man kann also nicht behaupten, daß sie die Rente aus ihren Beiträgen erhalten, sondern sie bekommen sie auf Kosten der frühzeitig gestorbenen Arbeiter, die von ihrem 16. Jahre Beiträge gezahlt haben, ohne je in den Besitz der Rente gelangt zu sein. Wir haben bereits in der Kommission gegen Ausdehnung der freiwilligen Versicherung gestimmt und müssen uns auch jetzt dagegen erklären. Wenn Sie mit uns den Wunsch haben, daß der Augen einer Versicherung größeren Kreisen zu teil werde, als im § 1 vorgesehen ist, dann nehmen Sie unseren Antrag zu § 1 an, den wir in der dritten Lesung wieder einbringen werden, und erweitern Sie mit uns den Kreis der Zwangsversicherten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Salffeld (L.)

tritt für die freiwillige Versicherung ein. Die betreffenden Kategorien haben keine Kranken- und keine Altersversicherung; darin liegt die vom Abg. Wurm vermißte ausgleichende Gerechtigkeit.

Abg. Rösche (wörtl.):

meint, daß die von der Kommission vorgeschlagene Änderung schwerlich praktische Bedeutung haben werde, da die meisten mit der Versicherung beginnen, wenn sie unter 2000 Mark beziehen, also versicherungspflichtig sind. Dagegen gehe die Ausdehnung der freiwilligen Versicherung auf selbständige Unternehmer entschieden zu weit.

Abg. Sipe (L.)

Nachdem einmal die landwirtschaftlichen Arbeiter gegen unseren Willen in die Zwangsversicherung einbezogen sind, ist es durchaus in der Ordnung, daß auch die Betriebsunternehmer wenigstens die Möglichkeit haben, sich zu versichern. Die Versicherung, daß durch den Zutritt derselben die Anstalten und somit die versicherten Arbeiter geschädigt werden würden, ist unbegründet; da auch jetzt bereits die Betriebsunternehmer und die Hausindustriellen zur Selbstversicherung berechtigt waren. Gerade für die Zukunft sind viel mehr Anstalten gegen Mißbrauch geschaffen. Die Gegnerschaft des Abg. Wurm kann ich nicht begreifen. Die Herren wollen immer Zwang oder gar nicht. Das ist ein durch nichts gerechtfertigtes Prinzip.

Abg. Dertel (L.):

Der Mittelstand muß doch am besten wissen, wo ihn der Schuh drückt. Und gerade aus den Kreisen der Handwerker ist wiederholt laut geworden, auch an den Segnungen der Versicherungen teilzunehmen, deren Lasten sie bisher getragen. Der Widerstand gegen unsere Wünsche kommt mir vor, wie eine Kanonade gegen — ich will nicht sagen: Spagen, denn das wäre für uns herabwürdigend —

Im vierten Akt kommen Polen, um Eisenbahn die Krone anzubieten. Er verzichtet aber und will lieber Kade für die amputierte Hand Blankfelds nehmen.

Der fünfte Akt bringt dann Nihilos Ende, den selbst die Mutter mit ihrem letzten Wort verflucht. Nihilos Autorität ist inzwischen schlimm erschüttert. Die Bürgerchaft ist unruhig, und die eble Schlächterinnung ist die erste, die dem Kurfürsten die Thore Berlin öffnet. Und nun entspringt sich folgende amüßante Unterhaltung zwischen Nihilos und dem mit Hilfe der Schlächterinnung siegreichen Friedrich:

Friedrich:

Du Gleisner — du! — Nur dorthin wird im Thal
Das Leben sicher vor der Sturzwolke,
Wo fest der Baumwald steht auf seiner Warte.
Ich bin der Baumwald — und ich mache Front
Dem Wühlen und der Selbstsucht der Parteien,
Die nur das Volk, wie blödelnd Herdenvieh,
Am Wellen ihrer Sonderpläne führen,
Um zieldewugt — doch gegen Recht und Pflicht
Und Staatsgewalt den Widder anzusehen.

Nihilos:

Was Volkspartei, was blödelnd Herdenvieh...!
Was dem verhängt? — Ein elchhaft Arkan,
Es wird geheiligt, fördert's gute Zwecke! —
Ich hab's gewagt...!

Friedrich:

Um deinem „Ich“ zu dienen! —
Nicht laßt're Nihilos drängen dich ans Schwert!
Und ständ's bei dir — aus ihrer Angeln
Geschmettert läge die geweihte Pforte
Des Staatsgebäudes — und in deinem Geist
In heil'ger Stätte schriebe tolen Hims
Die Willkür ihre schmachlichen Gesetze.

Nihilos:

Die Willkür? — Was! — Die Freiheit, die ich suchte
Die ich ersehnte, hätte sie geschrieben.

Friedrich:

Freiheit und Frieden wurzeln in der Nacht,
Die ich vertrete. — Diese ist der Kol,
Der mir verhängt die Stätigkeit der Dinge —
Dem Einzelmann, dem ganzen Volk zum Heil. — — —
Das fühlt das Volk! —

(Auf den Roland deutend.)

Und den dort hinter dir,
Den Steinloch, den starken Mann im Schnee,
Das Sinnbild deiner kaiserlichen Gierde.

aber gegen socialpolitische Friedenstauden (Heiterkeit). „... das sind wir (Große Heiterkeit). Der kleine Handwerker und der kleine Bauer muß mehr arbeiten als seine Angestellten. (Lebhaftes sehr richtig! rechts.) Dieser Paragraph, um dessen Annahme ich Sie bitte, wird im Volke als eines der wenigen Goldlöcher in der Masse wertvoller Spreu in diesem Gesetze empfunden werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Franken (natl.) bittet um Annahme des Antrags Richter.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Wenn man das Schweigen des Herrn Staatssekretärs wahrnimmt, so könnte man glauben, es handle sich hier um einen Initiativantrag des Hauses, denn da pflegen ja die Herren Regierungsoverreiter in der Regel nicht amweisend zu sein. (Sehr gut!) Es wäre doch sehr gut, wenn der Herr Staatssekretär sich äußerte; oder glaubt er, daß die Regierungsvorlage bei uns in den besten Händen ist? (Heiterkeit.) In dem Maße, wie man sich allenthalben an den Reichszusatz gewöhnt, wächst die Begehrlichkeit aller Kreise, die alle aus der Reichsrippe essen wollen. Da das unmöglich ist, so greift eine tiefe Unzufriedenheit Platz. Und gerade diese birgt, meine Herren auf der rechten, eine große Gefahr für den monarchischen Gedanken in sich. Sie können nicht leugnen, Herr Sipe, daß das, was für die freiwillige Versicherung geschieht, auf Kosten der Arbeiter geschieht. Redner beantragt schließlich, die Abstimmung über § 8 zu verlagern.

Staatssekretär Graf Posadowsky

erklärt, er habe nicht das Wort ergriffen, um nicht die Debatten unnütz zu verzögern. In dem Gesetz ist ein großer socialpolitischer Fortschritt zum Besten der Arbeiterklasse gemacht. Daher hat die Regierung das dringendste Bedürfnis, es so bald wie möglich zu verabschieden. Sie kann nicht, bei jedem Änderungsantrag das Wort ergreifen. Sie wird nach Abschluß der zweiten Lesung die Bilanz ziehen und sehen, ob das Gesetz nach all den Abänderungen für sie noch annehmbar ist.

Damit schließt die Diskussion.

Die Abstimmung über § 8 wird ausgeführt.

§ 9 ist bereits früher erledigt.

§ 10 lautet: Invalidentrente erhält auch derjenige nicht dauernd erwerbsunfähig Versicherte, welcher während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, statt 26 Wochen zu setzen: 13 Wochen.

Abg. Frhr. v. Nitzhofen (L.)

bittet um Ablehnung des socialdemokratischen Antrages. Dagegen befragt er als Ertrag folgende von der Kommission eingebrachte Resolution, die verbündeten Regierungen zu erjuden, dem Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vorzulegen, durch welche die Worte: Mit dem Ablauf der 13. Woche durch die Worte: „mit dem Ablauf der 26. Woche“, ersetzt werden.

Abg. Wolkenuhr (Soz.):

Unsere Versicherungsreform hat einen Grundfehler, nämlich daß wie bei den Betriebsverhältnissen auf einer Vicinalbahn liberal der Anschlag verpaßt wird. (Heiterkeit.) Aus den Bescheidenheiten in unseren Versicherungs-Gesetzen wächst ein Zustand heraus, der es ungemein schwierig macht, irgend etwas Gutes zu schaffen. Hätten wir einen gleichen Rahmen für das Krankenversicherungs-Gesetz und für das vorliegende, dann wäre es sehr leicht möglich, den schlimmen Zustand zu beseitigen, der heute aus einer lange andauernden Krankheit entsteht. Diese Gleichheit der Versicherung ist nicht vorhanden. Wir haben 11 1/2 Millionen Versicherte in der Invaliditäts- und Altersversicherung bei den territorialen 31 Versicherungsanstalten und nach den Hauptergebnissen der Berechnungen der Krankenkassen in demselben Jahre nur 8 357 000 gegen Krankheit versicherte. 3/4 Millionen Menschen fallen, mithin aus, welche zwar gegen Invalidität und Alter, aber nicht gegen Krankheit versichert sind. Diese werden nur 26 Wochen gar nicht haben und dann, wenn sie 26 Wochen lang krank gewesen sind, werden sie als Invaliden angesehen und bekommen die geringe Invalidentrente. Die gegen Krankheit Versicherten aber haben von den Krankenkassen in den ersten 13 Wochen ihrer Krankheit Krankengeld, dann haben sie 13 Wochen gar nichts und nach diesen werden sie, wenn die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung angenommen wird, von der 26. Woche ab Invalidentrente haben. Das ist also ein Mißverhältnis, das unbedingt beseitigt werden muß. Rint soll durch Annahme der Resolution Aussicht vorhanden sein, daß sehr bald eine Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz kommen wird. Wenn aber die Absicht bei der Regierung bestände, diese Lücke auszufüllen, dann hätte sie ja gleichzeitig mit dieser Vorlage eine solche Novelle einbringen können. Es hätte gleich ein Artikel 2 geschaffen werden können und damit wäre die Lücke für die gegen Krankheit Versicherten beseitigt. Damit wäre aber nicht beseitigt, daß diejenigen Leute, welche nicht gegen Krankheit versichert sind, für lange Zeit gar nichts haben. Hier muß also eingegriffen werden, die verpaßten Anschläge müssen beseitigt werden und das kann jetzt in § 10 geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damit wäre dann zwar für 8 Millionen gegen Krankheit Versicherte eine Anleihe geschaffen, für die übrigen 3 Millionen bliebe aber nichts anderes übrig, als in einer Novelle

Den Abgott, den dem Volke du gezeigt,
Um deine Pläne gleichheitlich zu mänteln,
Den brech ich nieder wie das goldne Kalb...!

(Recht sich auf, dann wichtig):

Der Roland stürze...!

Der Roland stürzt denn auch richtig und begräbt Nihilos unter seinen Trümmern.

Nihilos entpuppt sich hier ganz als ein Umstürzler - Führer Stummischer Phantasie. Was schert ihn das Volk, die blöde Masse! Nur der eigenen Herrschsucht will er fröhnen. Friedrich aber thut Wunder wie ein biblischer Gottesmann. Er besieht und die Gottheit bringt die Widfälle zum Vorschein. In der Geschichte verleiht sich der sturhalsig vor sich hin nicht auf ein solches Gottesgericht. Wenn das Sturzwunder nicht die läppische Erfindung eines wihlosen Zwangsdichters wäre, so mühte man wohl von einer Gotteslästerung reden. Vermuthlich sind die rettende Schlächterinnung und die studeude Mutter auch infolge einer Eingebung höherer Gewalt in die Erscheinung getreten.

Auf das Gottesgericht beruft sich dann Friedrich noch ausdrücklic in seiner Schlussrede:

Gewürgt vom eigenen Fetisch und Ibol,
Erschlagen liegt er — — — ihn hat Gott gerichtet! —
Was ihm der Daseinssturm verlag: die Ruhe,
Nag ihm der Tod, der Allerbarmer geben! —
Mit ihm gefahrt, mit ihm begraben sei.
Was friedlos anstrat — denn ich will vergehen. —
Ans Leben aber wendet sich mein Herz! —
Wer mit mir ist —
Und wer begriff, was Sendung mir geworden,
Wer Sorge trägt, uns heimliche Land,
Daf jeder Schritt im märkischen Nadelwald
Den Odemng des Friedens mag verschören,
Daf Schiffe schreiten, und die Wehre grünt,
Und angefeh'n der deutsche Name liegt,
Gleiche wie ein Halle zu den Nationen —
Der folgte mir, der sei mein Trautgefell,
Und setze mir das, was die Brust bewegt.
Im Ruf der Märker...!

Brandenburg allwege!!!

So gedichtet in Deutschen Reich am Schlusse des 19. Jahrhunderts! Die Hofdichtung aus den tiefsten Verfallszeiten unserer Vitteratur scheint wiedergeburt. Mystische Feinnägel, schiffstrobe Helmpolitik, monarchischer Abolutismus, Verschöpfung des Volks und seiner Führer, Verhöhnung freierwilliger Entwicklung im leeren Schwulst banaler Verse — das ist das Wesen des Voeten Lauff und — seiner Zeit. Der Uterzahn bietet ein vollständiges Inventar des Seelenzustandes von Pygmalion.

das Krankenversicherungs-Gesetz auch auf diejenigen Personen zu erstrecken, auf welche das Invaliditäts-Gesetz Anwendung hat. Dann haben wir wenigstens zwei Anschläge gleichzeitig. Es müßten dann an Krankenkassen für diese 3/4 Millionen noch 48 Millionen Mark aufgebracht werden. Durch die Ausdehnung der Unterstützung von 13 auf 26 Wochen würde keine Verdoppelung, sondern nur eine ganz geringe Steigerung eintreten. Die Ausgaben würden um etwas mehr als 8 Proz. steigen. Das würde bei den gesamten Krankenkassen vielleicht eine Mehrausgabe von etwa neun Millionen Mark ausmachen. Würden sämtliche jetzt gegen Invalidität aber nicht gegen Alter Versicherte auch der Krankenversicherung unterworfen, so würde das eine Ausgabensteigerung von 15 000 000 Mark bedeuten. Diese geringe Steigerung denke ich sollte gemacht werden müssen. Nehmen Sie unsern Antrag an, dann haben wenigstens sämtliche gegen Invalidität Versicherte von der 13. Woche an Invalidenunterstützung. Andernfalls werden wir vielleicht einen Artikel II auf Abänderung des Krankenlosten-Gesetzes in der bezeichneten Richtung beantragen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimbom (L.):

Die Frage wird am besten geregelt bei der Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes. Bis zur 13. Woche beschäftigt sich die Krankenkasse mit den betreffenden, sie hat die ärztliche Fürsorge angeordnet, da ist es viel besser, daß der Kranke auch die weiteren 13 Wochen unter derselben ärztlichen Behandlung bleibt. Ich bitte Sie daher die Resolution anzunehmen.

Abg. Stadthagen (Soz.)

Als im Jahre 1892 bei der Beratung des Krankenversicherungs-Gesetzes mein Kollege Wolkenuhr verlangte, daß diese Lücke endlich ausgefüllt werde, da wurde er vertrieben auf die Invalidenversicherungs-Gesetzgebung. Jetzt, da wir bei dieser sind, tröstet man uns wieder rückwärts auf die Krankenversicherung. Es muß in weiten Kreisen der Bevölkerung eine unangenehme Empfindung darüber entstehen, wenn hier gewissermaßen Arme-Keule-Gesetzgebung in der Art getrieben wird, daß man die wesentlichsten Punkte, die für die kulturelle und sociale Hebung der gesamten Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterklasse notwendig sind, von einer Session zur anderen aufschiebt. Es steht ja auch dem nicht im Wege, daß wir bis zur Verabschiedung der, wie die Resolution wünscht, veränderten Krankenversicherungs-Novelle die von uns jetzt beantragte Änderung in das Invalidenversicherungs-Gesetz aufnehmen und sie dann später wieder streichen. Uebrigens habe ich nicht den geringsten Zweifel darüber, daß, wenn der Liberalen-Kongress stattgefunden hätte vor der zweiten Beratung dieses Gesetzes, unser Antrag angenommen wäre. Das ist aber infolge der hastigen Beratung nicht möglich gewesen. Selbst ein Vertreter der Regierung hat anerkannt müssen, daß hier eine Lücke im Gesetz vorliegt. Unser Antrag stellt, wenn auch nicht die beste Lösung, so doch einen Fortschritt dar und wenn Sie selbst anerkennen, daß durch unseren Antrag Tausenden und Abertausenden geholfen werden könnte, daß sämtliche Kreise, die sich mit dieser Frage beschäftigen, die Ausfüllung der Lücke dringend verlangen, warum wollen Sie dann den Tausenden von Arbeitern nicht helfen?! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Nitzhofen bittet um Annahme seiner Resolution.

Abg. Trimbom (L.): Wir haben jetzt erst acht Paragraphen erledigt. Das ist doch wirklich kein Zeichen von besonderer Hast der Beratung. Die Lösung, die Herr Stadthagen vorschlägt, scheint mir unangenehm. Ich bitte Sie nochmals, die Resolution anzunehmen.

Abg. Rösche (fr. Sp.) erklärt, seine Freunde würden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Weg, den wir in unserem Antrag vorschlagen, wird in mehreren Petitionen auch von Versicherungsanstalten erbeten.

§ 10 wird, unter Ablehnung des socialdemokratischen Antrags, angenommen. Die Abstimmung über die Resolution wird auf die dritte Lesung verschoben.

§ 11 wird debattelos angenommen.

§ 12 lautet: Ist ein Versicherter dergestalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu befürchten ist, welche Anspruch auf reichsgesetzliche Invalidentrente begründet, so ist die Versicherungsanstalt befugt zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfange einzutreten zu lassen.

Die Versicherungsanstalt kann das Heilverfahren durch Unterbringung des Erkrankten in einem Krankenhaus oder in einer Anstalt für Geheilte gewähren. Hat der Erkrankte eine eigene Haushaltung, oder ist er Mitglied der Haushaltung seiner Familie, so bedarf es hierzu seiner Zustimmung.

Läßt die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren eintreten, so gehen die Versicherten, welche der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterliegen, vom Beginn dieses Heilverfahrens an bis zu dessen Beendigung die Verpflichtungen der Krankenkasse gegen den Versicherten auf die Versicherungsanstalt über. Dieser hat die Krankenkasse Ertrag zu leisten in Höhe desjenigen Krankengeldes, welches der Versicherte von der Krankenkasse für sich beanspruchen konnte.

Während des Heilverfahrens ist für solche Angehörigen des Versicherten, deren Unterhalt bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, eine Unterstützung auch dann zu zahlen, wenn der Versicherte der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenversicherung nicht unterliegt. Diese Angehörigenunterstützung beträgt, sofern der Versicherte der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge bis zum Eingreifen der Versicherungsanstalt unterlag, die Hälfte des für ihn während der gesetzlichen Dauer der Krankenunterstützung maßgebenden gewöhnlichen Krankengeldes, im übrigen ein Viertel des für den Ort seiner letzten Beschäftigung oder seines letzten Aufenthalts maßgebenden ordentlichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner. Wenn der Versicherte Invalidentrente erhält, kann dieselbe auf die Angehörigenunterstützung angerechnet werden.

Hierzu beantragen die Sozialdemokraten, folgende Sätze einzufügen:

„Das Heilverfahren muß eingeleitet werden, wenn unter Zustimmung des Versicherten daselbst vom Vorsitzenden der Krankenkasse, welcher der Versicherte angehört, beantragt wird.“

„Wah der Versicherte während des Heilverfahrens von seiner Familie getrennt leben, dann ist der von den Krankenkassen zu zahlende Betrag an die Angehörigen auszusuchen, welche der Versicherte bisher aus seinem Arbeitsverdienste unterhalten hat.“

„Ferner soll der letzte Absatz in der Weise abgeändert werden, daß der Versicherte, wenn er auch nicht der staatlichen Krankenfürsorge unterlag, die Hälfte des Tagelohns der Angehörigenunterstützung erhält.“

Abg. Wolkenuhr (Soz.):

Wir haben zu diesem Paragraphen mehrere Änderungsanträge gestellt. Vor allem soll nicht nur der Vorstand der Versicherungsanstalt das Recht haben, zu entscheiden, ob ein Heilverfahren eintreten soll, ohne daß der Versicherte selbst auf diese Entscheidung den geringsten Einfluß haben soll. Viel eher kann der Vorstand der Krankenkasse die Entscheidung treffen. Sie hat ihren Arzt, welcher den betreffenden Kranken behandelt und Auskunft erteilen kann. Jetzt wird oft zu spät eingeschritten, so daß eine Genesung des Kranken nicht mehr oder nur schwer eintreten kann. Daher haben wir einen Antrag gestellt, der den Vorstand der Krankenkasse berechtigt, Anträge auf Einleitung des Heilverfahrens zu stellen. Wir wollen es erreichen, daß das Heilverfahren seine volle Wirkung ausüben kann. Das wird aber zum Teil bereitwillig durch die im Gesetz enthaltenen Bestimmungen über die den Angehörigen der Kranken zu gewährenden Unterstützung. Dieselbe ist so gering, daß die Familie davon gar nicht existieren kann. Das läßt natürlich keine Rückwirkung auf die Wiederherstellung des Kranken aus. Er wird durch den Gedanken, daß seine Familie Not leiden müsse, in seelische Aufregung gebracht, wodurch sein Zustand verschlimmert wird. Daher haben wir beantragt, daß in allen Fällen, in denen eine Familie zu ernähren ist,

der ganze Betrag des Krankengeldes ihr zugewendet wird. Jetzt haben wir auch noch einen § 12c in das Gesetz bekommen. Darin soll denjenigen Kranken, die sich den von der Versicherungsanstalt getroffenen Maßnahmen ohne triftigen Grund entziehen, im Falle der Erwerbsunfähigkeit die Invalidenrente entzogen werden. Das ist eine Härte, die in einem humanen Gesetz nicht stehen bleiben sollte. Daher beantragen wir, diesen Paragraphen zu streichen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Dafür stimmt auch ein Teil der Freisinnigen.

Das Amendement Röske wird gegen die Stimmen der Konserverbienen angenommen. Ebenso der so veränderte § 12.

Debattelos gelangen hierauf zur Annahme die §§ 12a bis § 15. Die Diskussion über § 16 wird ausgesetzt, bis die Abstimmung über § 8 erfolgt ist.

Im § 17 heißt es: Die Dauer einer Krankheit ist nicht als Beitragszeit in Anrechnung zu bringen, wenn der Betreffende sich die Krankheit vorzuziehen oder bei Begehung eines durch Strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens, durch schuldhaftes Betragen bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat.

Abg. Stadthagen (Soz.) begründet einen Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen, die Worte „oder durch geschlechtliche Ausschweifungen“ zu streichen, einmal weil die Rechtsprechung über diesen Begriff widersprechend sei, dann aber besonders, weil der mit einer solchen Krankheit Befasste diese Thatfache verschweigen oder nicht zum Arzt fohndern zum Quacksalber gehen und so die Krankheit verbreiten würde.

Abg. Röske (Deftau, libid.) schließt sich diesen Ausführungen an. Ebenso Abg. Kruse (natl.).

Abg. Webel (Soz.): Ich möchte die Herren einmal fragen, ob in irgend einem Militär- oder Beamtenpensionsgesetz eine ähnliche Bestimmung enthalten ist, wie sie hier für Arbeiter gelten soll. Wenn ein Student sich durch Ausschweifungen eine geschlechtliche Krankheit zuzieht, deren Folgen sich während des ganzen Lebens bemerkbar machen, nimmt man dann, wenn er als Beamter pensioniert werden soll, Anstand, ihm seine Pension zu zahlen? (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Gruppen und der Nationalliberalen abgelehnt und § 17 unverändert in der Kommissionsfassung angenommen. § 18 wird debattelos angenommen. § 19 ist in Fortfall gekommen.

§ 20 behandelt die Höhe der Beiträge. Für die fünf Lohnklassen sind Wochenbeiträge in Höhe von 14, 20, 24, 30 und 36 Pf. festgesetzt.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen die Höhe der Wochenbeiträge festzusetzen auf 6, 10, 24, 28 und 32 Pf. Ferner sind jeder Versicherungsanstalt zu den wöchentlichen Beiträgen der 1. und 2. Lohnklasse für jeden Versicherten je 10 Pf. vom Reiche zuzuzahlen. Dieser Reichszuschuß wird durch eine progressive Reichs-einkommensteuer aufgebracht, welche alle Einkommen von mehr als 3000 M. jährlich umfaßt. Im Falle freiwilliger Versicherung beträgt der Wochenbeitrag für Lohnklasse 1: 16 Pf. und für Lohnklasse 2: 20 Pf.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt die Bestimmungen der Kommissionsvorlage dauernd festzulegen und die Bestimmungen über eine eventuelle Erhöhung der Beiträge durch den Bundesrat zu streichen.

Abg. Febr. v. Nischhofen-Damsdorf (L.) beantragt einen Zusatz, wonach der Reichstag die Erhöhung bewilligen muß, sobald die vorgeschriebene Prüfung seitens des Reichsversicherungsamtes die Unzulänglichkeit der Beiträge nachweist.

Abg. Wurm (Soz.): Wir gehen von dem Gedanken aus, daß die Beiträge der unteren Klassen erhöht werden müssen. Damit die beiden unteren Lohnklassen aber nicht übermäßig belastet werden, soll ein Teil dieser Beiträge durch Reichszuschuß aufgebracht werden. Wir haben zwar keine Reichs-Einkommensteuer, wir sind aber davon überzeugt, daß Sie die Grundlagen einer solchen rasch schaffen würden, wenn sie für militärische Zwecke notwendig sein sollte.

Unsere Vorschläge bringen das berechnete Prinzip zum Ausdruck; gerade die Vermehrung der Arbeiter haben ein Anrecht auf einen Zuschuß. Nur so wird das gerechte System in die Versicherung hineingebracht. Auf Grundlage dieses Gesetzes können sie den großen Massen der Bevölkerung die Zufriedenheit nicht geben. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Febr. v. Nischhofen (L.) empfiehlt seinen Antrag, ebenso Staatssekretär Graf Rasadowsky.

Abg. Schmidt (fr. Sp.) hält den sozialdemokratischen Antrag für undurchführbar.

Nachdem die Abgg. Richter (fr. Sp.) und Hise (L.) den Antrag Nischhofen bekämpft haben, zieht Abg. Febr. v. Nischhofen ihn bis zur dritten Lesung zurück. Er will versuchen, bis dahin eine bessere Fassung zu finden.

Abg. Wolfenbühl (Soz.): Durch eine Reichs-Einkommensteuer würden die großen Vantiers mit ihren Millionen-Einkommen herangezogen werden, die wenig versicherungspflichtige Personen beschäftigen und zu den Lasten der Versicherung bisher so gut wie nichts beigetragen haben. Und die Entlastung würde gerade denen zu gute kommen, die in den ärmlichsten Verhältnissen leben, Arbeitern, wie Kleinunternehmern, vor allem den Kleinbauern, die schwer zu kämpfen haben, und den Heimarbeitern. Sollten Sie meinen Antrag in dieser Form nicht für annehmbar, so kann man ja auch bestimmen, daß die Unternehmer alles allein bezahlen und alle schlecht gestellten Arbeiter von der Beitragspflicht befreit würden. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer, unwesentlicher Debatte wird § 20 unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Präsident Graf Valkreem fordert die Anwesenden auf, morgen die noch fehlenden politischen Freunde mitzubringen, damit das Haus die ausgesetzte Beratung über die beiden Paragraphen vorzunehmen in der Lage ist.

Schluß 6¼ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Auf dem Friedhofe in Chemnitz ruht auch ein Opfer des Mai-Aufstandes in Dresden, der Turnlehrer Hermann Weigand, der am 11. Mai 1849 in Dresden erschossen wurde. Die Sozialdemokratie von Chemnitz gedachte seiner am fünfzigjährigen Todestage. Gegen 600 Proletarier besuchten am Samstagsmorgen sein Grab und spendeten ihm zwei Kränze mit Widmungen. Die Schleifen der Kränze wurden, nachdem die Kränze schon niedergelegt waren, abgeschnitten und weggenommen.

Die in Dresden durch den Totenbettemeister weggenommenen schwarz-weiß-roten Schleife der freisinnigen Volkspartei ist auf Anordnung der Polizei wieder an ihren Ort gebracht worden. Sie trug übrigens keine Widmung.

Politikliches, Gerichtliches usw.

Zu vier Wochen Haft wegen groben Unfugs wurde Genosse Klingner aus Pöbelich in Vommern verurteilt. In einer Versammlung der Bahnhalle des Verbandes der nichtgewerkschaftlichen Arbeiter hatte er das Urteil des Dresdener Schwurgerichts gegen die Pöbelauer Arbeiter und das drohende Zuchthausgesetz erwähnt. Zum Schluß brachte er ein Hoch aus auf die zukünftigen Zuchthäuser, also die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der die Versammlung überwachende Gendarm sagte dies als ein Hoch auf die Pöbelauer Werkstätten auf und der Amtsvorsteher schickte schleunigst ein auf 3 Wochen Haft lautendes Strafmandat wegen groben Unfugs. Klingner erhob Widerspruch und das Schöffengericht in Altdamm fand, daß 3 Wochen noch gar nicht genug für die Reuehaft seien und erhöhte die Strafe auf 4 Wochen Haft. Klingner wird natürlich Verurteilung einlegen und so wird sich die Strafammer in Gletzin noch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Der Bergarbeiter-Streit in Belgien.

Im Lütticher „Conseils de l'Industrie et du Travail“ schlugen die Unternehmer eine erste Lohnvermehrung von 5 Proz. vor. Es ist wahrscheinlich, daß in diesem Veden die Arbeit am Montag aufgenommen wird. Die Arbeiter hatten prächtiges statistisches Material vom Genossen Hector Denis, Professor an der Freien Universität in Brüssel, erhalten. Doch sie sind zu wenig organisiert um lange widerstehen zu können.

Im Veden „Centrum“ sind einige Arbeiter in die Gruben zurückgekehrt. Doch die Majorität stimmte für Fortsetzung des Ausstandes.

In Charleroi bleibt der Ausstand allgemein und das Solidaritätsgefühl ist hier fest. Die Unternehmer haben in der „Conseil de l'Industrie“ ihre alten unkontrollierbaren Bismar niedergelegt und versprochen, daß niemand als Opfer des Streites gemahregelt würde. Die Kohlenbarone versprechen aber nur eine sehr hypothetische Lohnverbesserung. Sie geben weder Datum noch die Höhe des Lohnes an. Die Arbeiter, welche das Handeln der Arbeitgeber kennen, lassen sich nicht betragen und bleiben dem Ausstand treu. Die Semiter waren so erregt, daß die Unternehmer von keiner Lohnverbesserung hören wollten, als sie die Sitzung der Räte verließen. Als die Unternehmer die Drohsche bestiegen, wurde einer thätlich angegriffen. Die Bevölkerung war aufs höchste erregt, weil ein Arbeiter auf dem Spazierwege von den Gendarmen niedergeschlagen und arg verwundet wurde. Die Bürger unterstützen die Arbeiter in diesem Revier, und alle sind über die Haltung der Kapitalisten entrüstet.

Im Vorrage, wo der Streit im Anfang sich so langsam ausbreitete, wird Montag der Ausstand allgemein sein. Jedoch ist das Glend hier sehr groß, weil die Arbeiter in diesem Veden den niedrigsten Lohn erhalten.

Brüssel, 15. Mai. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die nationale Föderation der Bergarbeiter suspendiert in Charleroi den Ausstand, welcher wieder anfängt, sobald die Arbeitgeber ihren Versprechungen nicht nachkommen.

Zu registrieren ist noch das folgende von uns nicht auf seine Richtigkeit zu prüfende Wolffsche Telegramm vom Montag:

Lüttich, 15. Mai. Der Ausstand im Veden von Lüttich ist, nachdem in den Versammlungen der Industrie- und Arbeiterräte den Grubenarbeitern eine Lohnhöhung von 5 Proz. zugesprochen war, nunmehr in der Hauptsache beendet. Mehr als die Hälfte der Ausständigen haben die Arbeit aufgenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An alle Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Provinzen Brandenburg, Pommern und Preußen! Kollegen und Kolleginnen! Laut Beschluß des Verbandstages in Kassel vorigen Jahres haben wir Deutschland in Gauen eingeteilt. Obige Provinzen bilden den Gau 7. Sitz des Gauvorsitzandes ist Berlin. Da wir bei unserer Agitation mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, bitten wir alle organisierten Arbeiter, und bei Ausbreitung unserer Organisation zu unterstützen. Ganz besonders ersuchen wir die örtlichen Komitee um ihren Beistand. Wir hoffen auf diesem Wege die notwendige Fühlung mit unseren Ferngenossen in obigen Provinzen zu erlangen, um desto erfolgreicher arbeiten zu können. Alle Anfragen und Sendungen sind an Emil Schumann, Berlin N., Kolbergerstr. 28, vorn part. zu richten.

Achtung, Goldbleisgrundierer! Die angebotenen Einigungsversuche bei der Firma C. Probst waren erfolglos. Der Fabrikant weigert sich, die alten Arbeiter einzustellen und die Kontroll-Abzuzuschaffen. Gleichzeitig lehnte er es ab, die neunständige Arbeitszeit in seinem Betriebe einzuführen. Die Kollegen werden ersucht, den Zugang nach dort fernzuhalten.

Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Zu Gommern (Provinz Sachsen) haben 900 Steinbrucharbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter fordern 30 Pf. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer sind bereit, 27 Pf. Lohn und elfstündige Arbeitszeit zu gewähren, dieses Anerbieten haben die Arbeiter abgelehnt.

Zum Bergarbeiter-Ausstand in Lothringen wird uns unterm 14. Mai geschrieben: Die Lage im Streikgebiet von Rosseln ist immer noch unverändert. Die Direktion der de Wendelschen Gruben will unter allen Umständen Herr im eigenen Hause sein und besteht darauf, daß die Ausständigen zu streike kriechen und die Arbeit wieder aufnehmen, bevor sie sich auf Verhandlungen mit ihnen einläßt. Davon kann aber unter den gegenwärtigen Umständen keine Rede sein, da die Arbeiter von der Verdrängung ihrer Forderungen zu tief durchdrungen und deshalb entschlossen sind, die ihnen von den Beamten der Grubengesellschaft bisher zu teil gewordene entwürdigende Behandlung sich unter keinen Umständen fernerhin bieten zu lassen. Es zeigt sich im Verlaufe des Ausstandes immer mehr, daß die unheilvolle Katastrophe durch die Grubendirektion in geradezu fesselhafter Weise provoziert worden ist. Denn das Arbeitermaterial, das bei dem Streit in Frage kommt, kann nur als das denkbar anpruchsvollste und willfährigste bezeichnet werden. Bei einer Bergarbeiterbevölkerung wie der lothringischen, die sich noch fast durchweg im Range des Einflusses der katholischen Geistlichkeit befindet und für diese bei den Wahlen die Massenan aus dem Feuer zu holen pflegt, bedurfte es in der That eines hohen Maßes von sozialer Einfühlungslosigkeit, um das träge Mut der seit Jahrzehnten an die herrschaftliche Prügeln gewöhnten Arbeitssklaven in Wallung zu bringen. In vorliegenden Falle verjagt das Schlagwort von der „Hegelei bezahlter Agitatoren“, mit dem man da und dort größeren Lohnkämpfen die Verdrängung absprechen wollte, vollständig. Mit elementarem Gewalt kam der Druck lange angehalten und bisher mit Resignation verhaltener Erbitterung bei den unter der denkbar schwersten Arbeitslast jeusenden Bergleuten, der de Wendelschen Gruben zum Ausbruch, als sie zu Beginn dieses Monats gewahrt wurden, daß ihre Ausbeuter entschlossen seien, ihren Sklaven den Fuß auf den völlig gebeugten Knien zu setzen und ihnen auch die letzte und einzige Waffe, das selbst den de Wendelschen Arbeitern reichsgefehrlich garantierte Koalitionsrecht zu zertrümmern. Jetzt dünnte sich das Bewußtsein der Menschwürde im letzten Tageslöhner gegen das unerträgliche Regiment auf und ein tausendstimmiger Schrei der Entrüstung kündigte an, daß die de Wendelschen Arbeiterarmee entschlossen sei, mit all der seit vielen Jahren erlittenen Unbill nun endlich einmal abzubrechen. Warum sollen wir dazu verdammt sein, uns von den Grubenbeamten rücksichtslos behandeln und uns mit Jammerlöhnen abfinden zu lassen, indes die Familien bereit, für die wir arbeiten müssen, in Paris ein Leben der Freude führen und ihren ungeheuren Reichtum von Jahr zu Jahr wachsen sehen? So klang es aus den Reden, die man in den Versammlungen der Streikenden zu hören bekam. Und wie in so manchen ähnlichen Fällen wird die Forderung erhöhter Löhne auch in der Rosselster Streikbewegung in den Hintergrund gedrängt durch das Verlangen nach menschenwürdiger Behandlung, erhöhter Siderheit für Leben und Gesundheit, Verfolgung der Familien im Falle der Verunglückung des Ernährers, Schaffung der unentbehrlichsten sanitären und hygienischen Einrichtungen, Garantierung des Rechts der freien Vereinigung usw. Welch' erschauerndes Einbild in die „fürsorge“ der de Wendelschen Grubengesellschaft für ihre Arbeiter eröffnet sich dem Fernstehenden, wenn er verumtet, daß im Dienst derselben schwer verunglückte Bergleute in den sogenannten Spitalern (besser gesagt: elenden Voraden!) unter den schrecklichsten Schmerzen oft längere Zeit auf die Ankunft des Arztes warten mußten, oder wenn man unter den Forderungen der Ausständigen die Anschaffung eines Krankenwagens findet, der „so lang ist wie ein Mann“, damit sich der zu transportierende Verunglückte darauf wenigstens ausstrecken kann und nicht die schrecklichsten Qualen erdulden muß? „Ich bin invalid“ — so schilderte

eines der zahlreichen Opfer der Gruben seine traurige Lage — „und kann seit einigen Monaten nicht arbeiten. In Straßburg wurde mir ein Bein amputiert. Unterstützung bekomme ich von der Grube nicht, weil ich nicht arbeite, und ich arbeite nicht auf der Grube, weil ich das andere Bein nicht auch noch verlieren will. Pension bekomme ich nicht, weil ich auf die Unfallrente nicht verzichte. Mein Holzbein macht mir die größten Schwierigkeiten, aber ein Kautschukbein, das natürlich teuer ist, habe ich bisher nicht erhalten. Ich erhalte 11 M. Rente und lebe, so lange dies angeht, thätiglich vom Schuldenmachen!“ — So und ähnlich klingen die massenhaften Klagen, die jetzt, nachdem der Stein ins Rollen gekommen, sich aus den Herzen der Bergleute losringen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn ihnen von allen Seiten die wärmsten Sympathien entgegengebracht werden. In den Wirtschaften und Ladengeschäften liegen Witthrischen der Bevölkerung zum Unterzeichnen auf, die an die Grubendirektion abgehandt werden sollen. Trotz alledem scheint diese in geradezu unterdrücklicher Weise den Widerstand gegen die gerechten Forderungen der Arbeiter bis aufs äußerste treiben zu wollen.

Die Direktion der im Ausstand befindlichen de Wendelschen Gruben scheint ihren Widerstand gegen die Forderungen der Streikenden thätiglich bis zum äußersten treiben zu wollen. In der am Sonnabend stattgehabten, von ca. 2000 Personen besuchten Bergarbeiter-Versammlung ließ sie nochmals die Erklärung abgeben, daß von Verhandlungen keine Rede sein könne, ehe nicht sämtliche Ausständigen wieder angefahren sind. Die letzteren weigerten sich, trotz der eifrigen Ermahnungen des Bürgermeisters und des Ortsgeistlichen von Klein-Rosseln, diesem Verlangen nachzukommen und beschloffen einmütig die Fortsetzung des Streiks. Um aber der Direktion nochmals entgegenzukommen, erklärten sie sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit, sobald nur zwei beliebige von ihren 8—10 verschiedenen Forderungen bewilligt worden seien. Jedoch auch mit diesem Vermittlungsvorschlag wurden die Delegierten der Versammlung abgewiesen. Die Erbitterung im Streikgebiet hat durch dieses unverföhliche Verhalten der Firma de Wendel neue Nahrung erhalten. Bezeichnend für die in den weitesten Kreisen vorhandene Sympathie für die Ausständigen ist die Thatfache, daß einige Forbacher Bürger einen Brief an den Kaiser gerichtet haben mit der Bitte, die renitente Grubendirektion zur Raschgiebigkeit gegenüber den Streikenden zu bestimmen. Am Montag findet wiederum eine Versammlung der Ausständigen statt. — Die Familie de Wendel gilt als streng katholisch-religiös gesinnt und liebt es, ab und zu durch reiche Schenkungen ihre „Mildthätigkeit“ in ein günstiges Licht zu setzen.

Ausland.

Der Kampf der Brüner Textilarbeiter. Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Aus verschiedenen Symptomen läßt sich erkennen, daß die Fabrikanten allmählich aus ihrer Selbsttäuschung erwachen. Sie fangen an, zu begreifen, daß sie einem wohlorganisierten Streit gegenüberstehen, der alle möglichen, sowohl inneren als äußeren, psychologischen wie materiellen Bedingungen des Erfolges für sich hat. Die Entschlossenheit der Arbeiter ist eine in absehbarer Zeit nicht zu beugende, und materielle Unterstützung ist in jenem bescheidenen Ausmaß, als sie erwartet wird, geboten. Die Zuversicht der Unternehmer sinkt, und ihr Organ sucht darum die Arbeiter vor der öffentlichen Meinung der Unversöhlichkeit und Unzuverlässigkeit anzuklagen.

Der bekannte Wiener „Bund der Industriellen“ wollte in Brünn intervenieren, seine Vermittlung wurde aber von den Fabrikanten entschieden abgelehnt. Die Landbevölkerung fährt fort, die Streikenden sehr ausgiebig zu unterstützen. Die Gemeindevertretung von Rantitz zum Beispiel hat gestern beschlossen, an die Bürgerschaft mit der Aufforderung heranzutreten, Lebensmittel ins Gemeindehaus zu bringen. Von dort werden sie den Streikenden ins Haus zugestellt. Zahlreiche Brüner Gewerksleute verteilen regelmäßig Würste, Mehl, Kartoffeln etc.

Am Freitag hatten die Banarbeiter eine große Versammlung einberufen, in der sich eine starke Strömung für die Proklamierung eines Banarbeiterstreiks geltend machte. Dagegen erhoben sich von vielen Seiten Vorstellungen und schließlich vertagte man den Ausstand bis zu einem geeigneteren Zeitpunkt.

Sociales.

Arbeiterterrito. Im Bergrevier Waldenburg verunglückten drei Bergleute tödlich und zwar zwei auf der Davidgrube bei Conradsthal durch Steinfall und einer auf dem Sprungschacht der konsolidierten Sophiengrube bei Charlottenbrunn beim Sprengen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Brünn, 15. Mai. (B. T. B.) Die Mährische Statthalterei hat den Verein deutscher Techniker „Subetia“ mit dem Siege in Brünn wegen Ueberschreitung seines statutenmäßigen Wirkungsbereiches aufgelöst. Ein am Sonnabend veranstalteter Kommerz anlässlich der Feier des dreijährigen Stiftungsfestes des Vereins war wegen unpatriotischer Kundgebung aufgelöst worden.

Paris, 15. Mai. (B. T. B.) Große Sensation erregt die heute abend vom „Tempo“ veröffentlichte Enthüllung der vier Schriftstücke, welche dem Kriegsgericht von 1894 im Beratungszimmer durch den Vorsitzenden, Obersten Maurel, den Richtern vorgelegt worden sind. Diese Schriftstücke sind: 1. Das gefälschte Telegramm Panizzardis an seine Regierung. 2. Das Schriftstück „le canaille de D.“. 3. Ein vergleichendes Schriftstück, nämlich ein Brief Schwarzkopps an Panizzardi, welcher beweisen sollte, daß das erste Schriftstück „le canaille de D.“ von demselben Militär-Attache herstamme. 4. Eine Abhandlung über Drehfus, worin dieser angeklagt wird, verächtliche Artilleriegebefnisse von Deutschland ausgehändig zu haben. Der Vorsitzende gab den Richtern diese 4 Schriftstücke, eines nach dem anderen, in die Hände. Dann erklärte er, der Buchstabe D bedeute Drehfus und das Schriftstück stamme von Schwarzkopps. Dann lenkte er die Aufmerksamkeit der Richter auf die Panizzardi-Depesche, welche bekanntlich im Kriegsministerium gefälscht worden war. Nachdem die Richter einige Minuten über diese Schriftstücke nachgedacht, erfolgte die Abstimmung, wonach Drehfus einflussreich beurteilt wurde. Diese Veröffentlichung des „Tempo“, welcher die Mitteilungen wahrscheinlich von einem Mitgliede des Kriegsgerichts von 1894 erhalten, wird die Annulation zur Folge haben, auch selbst, wenn der Kassationshof die Revision ablehnen sollte.

Paris, 15. Mai. (B. T. B.) Der Senat nahm trotz des Widerpruches des Handelsministers Delombre mit 196 gegen 55 Stimmen einen Antrag an, wonach die Anwendbarkeit des Gesetzes über Betriebsunfälle, welches am 1. Juni in Kraft treten sollte und gegen welches zahlreiche Industrielle protestiert haben, verschoben wird.

London, 15. Mai. (B. T. B.) Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Hongkong von heute Abend meldet, ist ein Truppenaufgebot von 2000 Mann nunmehr nach dem Hinterland von Kaulung abgegangen. Vier Kanonenboote unterstützen die Operation. — Es wird gemeldet, daß chinesische Rebellen von Tschunging in das britische Gebiet während der letzten Nacht eingefallen sind.

Rom, 15. Mai. (B. T. B.) Das neue Ministerium, das heute vormittag den Eid leistete, wird von den einzelnen Blättern je nach den Partei-Richtungen, im allgemeinen jedoch nicht ungunstig beurteilt.

Konstantinopel, 15. Mai. (B. T. B.) Das Kriegeschiff „Phoaux“, welches am 28. April von hier mit Waffen und Munition nach Tripolis abgegangen ist, ist bisher an seinem Bestimmungsort nicht eingetroffen.

Hongkong, 15. Mai. (Weldung des „Neuerliche Bureau“.) Auf Gerüchte von einem beabsichtigten Angriff auf das Hinterland von Kaulung haben 400 Mann des Hongkong-Regiments Befehl erhalten, nach Taihpon abzugehen. Die Freiwilligen sind angewiesen worden, sich in Bereitschaft zu halten. Auch mehrere Kanonenboote sollen nach der Küste des Hinterlandes von Kaulung abgehen.

Die Ueberbürdung der Schuljugend

beschäftigte am Freitag eine vom „Psychologischen Verein zu Berlin“ einberufene öffentliche Versammlung, die von Schulmännern, Lehrern und Eltern gut besucht war. Die Veranstalter der Versammlung wollten weitere Kreise für die Ueberbürdungsfrage interessieren, einen Zusammenschluß von Fachmännern und Laien bewirken und womöglich die Begründung einer Vereinigung für Kinderforschung anbahnen. Sie hatten aber ihre Aufgabe von vornherein dahin eingeschränkt, nur die Ueberbürdung der Schüler höherer Lehranstalten zu erörtern. Dementsprechend behandelten auch die 3 Referenten ihr Thema. Dr. Th. S. Platan gab einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Ueberbürdungsfrage und der wiederholten, aber vergeblichen Versuche der Behörden, sie zu lösen. In ihrer Klärung seien von Ärzten und Pädagogen gemeinsam auszuführende Erhebungen über die Folgeerscheinungen der Schularbeit nötig. Oberlehrer Dr. Kemfies zeigte, daß erst durch die neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen — namentlich durch die sogenannten Ermüdungs-messungen, die von verschiedenen Forschern (in Berlin von Kempfies) an Schülern gemacht worden sind, um über das Maß der den Kindern zugemessenen Schularbeit Klarheit zu gewinnen — die Grundlage für eine richtige Beurteilung der Ueberbürdungsfrage geschaffen worden ist. Er verlangt, daß die Untersuchungen, die bisher nur privatim vorgenommen worden sind, durch die Behörden gefördert werden. Professor Dr. Eulenburg führte aus, die auf höheren Schulen häufige Schüler-Verbstöße beruhe in der großen Mehrzahl der Fälle auf angeborener, erst mit vererbter Belastung zusammenhängender nervöser Konstitutionschwäche, in anderen Fällen auf allgemeiner Ernährungschwäche, Blutarmut, Organerkrankungen usw. Nur ausnahmsweise sei sie als direktes Produkt des Unterrichtsbetriebes aufzufassen; weit öfter werde nur die schon im Keim vorhandene Erkrankung durch die Art des Unterrichtsbetriebes erst zum Ausbruch gebracht. Die Eltern sollten die Kinder mit einer solchen Anlage einer hygienisch besonders sorgfältig geregelten Erziehung unterwerfen und auch die Berufswahl danach einrichten. Die höheren Schulen sollten das Recht haben bzw. energischer anwenden, solche Elemente, die nach fachärztlicher Feststellung ungeeignet seien, fern-zubehalten oder nachträglich zu entfernen. Andernfalls seien die Lehrpläne so weit herabzusetzen und der Lehrplan wie der Unterrichtsbeitrag so zu ändern, daß auch die mindertüchtigen Elemente mitkommen können. — Der Eulenburgsche Vorschlag, die Zulassung zu den höheren Schulen mehr als bisher von der Befähigung abhängig zu machen, trifft in der That den Kern der ganzen Ueberbürdungsfrage. Er hat aber wenig Aussicht auf Verwirklichung. Die besitzende Klasse wird schwerlich an dem jetzigen Zustand rütteln lassen, der die höhere Bildung zu einem Vorrecht der Wohlhabenden macht und es selbst dem borniertesten Jungen eines Reiches ermöglicht, sich schließlich wenigstens das Recht zum einjährigen Militärdienst zu ersipen. In der kurzen Diskussion wurde der Eulenburgsche Vorschlag auch nicht weiter berührt. Aber auch der Plan, ein Zusammenwirken von Fachmännern und Laien zum Zwecke der Kinderforschung anzubahnen (wie das z. B. in Amerika mit bestem Erfolge geschehen ist), scheint ins Wasser gefallen zu sein. Die dazu aufgelegte Liste bededete sich mit noch keinem halben Dutzend Adressen. — Von den höheren Schulen, für deren Lehrpläne, Lehrpläne, Unterrichtsbeitrag usw. die allermeisten unserer Leser naturgemäß nur wenig Interesse haben können, wendet sich der Blick unwillkürlich auf die Volksschulen, namentlich auf diejenigen Berlins. Es ist hinlänglich bekannt, daß auch hier eine Ueberbürdung besteht. Das für die höheren Schulen vorgeschlagene Mittel, die zurückbleibenden Kinder auszuscheiden, läßt sich hier allerdings nicht anwenden. Auf den Gemeindeschulen bleiben so viele zurück, daß man sie unmöglich alle in Nebenklassen für Schwachbefähigte stecken kann. Hier bleibt nur das zweite Mittel; andere Verteilung des Stoffes auf die einzelnen Stufen, zum Teil Beschränkung des Stoffes, zum Beispiel durch Wegfall des Religionsunterrichts. Der jetzt von der Schuldeputation aufgestellte Plan, die sechsstufige Gemeindeschule in eine siebenstufige umzuwandeln, ist zwar als ein erster Schritt auf dem Wege der Schulreform zu begrüßen, aber er läßt den wichtigsten Punkt der Lehrstoffverteilung ganz außer Betracht, weshalb er auch die Lehrerschaft wenig befriedigt. Wie nötig es aber ist, daß gerade die untersten Klassen entlastet werden, dafür möge statt aller theoretischen Erörterungen folgender praktische Fall als Beispiel dienen. Ueber die Arbeitszeit eines sechsjährigen Jungen, der seit Ostern dieses Jahres die Gemeindeschule besucht, sind sorgfältige Aufzeichnungen gemacht worden. Der Junge arbeitet im allgemeinen flott; er gehört auch vorläufig zu den besseren, anscheinend sogar zu den besten Schülern der Klasse. Es werden ihm überdies zu Hause die günstigsten, möglichst allen Forderungen der Schulhygieniker entsprechenden Arbeitsbedingungen geboten (praktischer, gut beleuchteter Arbeitsplatz, Einschiebung von ein oder zwei viertel- bis halbstündigen Pausen zwischen die zwei oder drei Teile, in die das ganze Verbum zerlegt wird, usw.), aber er muß seine Arbeiten freilich ohne fremde Hilfe ausführen. Die Aufzeichnungen ergeben, daß der Junge im Durchschnitt etwas über eine Stunde, fast nie weniger als 1/2 Stunde, zuweisen aber bis über 1 1/2 Stunden braucht, Pausen natürlich nicht mitgerechnet. Dabei sind, um jede Fehlerquelle auszuschließen, die ersten Tage, wo es noch an der Übung fehlte, sowie diejenigen Tage, an denen infolge von Unwohlsein oder Müdigkeit langsamer (bis über zwei Stunden) gearbeitet wurde, ganz außer Ansatz geblieben. Freuen wir nicht, so sollen die Hausarbeiten in der 6. Klasse nie mehr als 1/2 Stunde beanspruchen. Aber was will der Lehrer — in dem vorliegenden Falle augenscheinlich eine durchaus tüchtige Lehrkraft — bei der Fülle des Stoffes und der hohen Klassenfrequenz machen! Er muß, was unter solchen Umständen in der Klasse nicht geschafft werden kann, auf die Hausarbeit abwälzen, wenn er nicht mit seinen Schülern weit hinter dem Klassenziel zurückbleiben will. Ervägt man nur, daß die meisten Gemeindeschulkinder unter recht ungunstigen Bedingungen arbeiten müssen, daß ihre Ernährungs- und Schlafverhältnisse selten sorgfältig geregelt werden können, daß viele auch noch gewerblich beschäftigt sind, dann läßt sich ermeslen, in welchem Umfange auch die Gemeindeschulkinder unter Ueberbürdung zu leiden haben. Vielleicht regen diese Zeilen den einen und den anderen unserer Leser dazu an, gleichfalls Aufzeichnungen über die Arbeitszeit seiner Kinder zu machen und das Ergebnis gelegentlich dem Lehrer — in aller Höflichkeit natürlich — mitzuteilen. Eine Klärung dieser Frage ist hauptsächlich ohne die Mitwirkung der Eltern nicht möglich, und wir denken, die Lehrer würden eine solche Mitwirkung mit Dank annehmen.

Lokales.

Die Schulköfe als Spielplätze.

Seit dem 1. Mai sind die Köfe derjenigen Gemeindeschulen, deren Direktoren dahingehende Anträge gestellt haben, an den Nachmittagen 2-3 Stunden für die spielende Jugend geöffnet. Die „Berl. Zig.“ teilt mit, daß dabei bis jetzt weder die Hoffnungen der Hausbesitzer noch die Befürchtungen der Direktoren und Lehrer erfüllt worden sind. Die Hausbesitzer hatten gehofft, ihre Grundstücke und die Straßen würden in erheblichem Maße von den spielenden Kindern entlastet werden, die Lehrerschaft hatte befürchtet, gerade die

schlechteren Schüler würden den Spielen auf den Schulköfen fernbleiben. Es ist aber bisher nur ein Teil der Kinder, täglich höchstens 150 bis 200 pro Schule, zum Spielen gekommen, doch sind gerade solche Schüler, deren Betragen sonst zu Klagen Anlaß giebt, gern auf den Schulköfen gekommen und haben sich dort ausgetobt. Hoffentlich wird sich die städtische Schuldeputation dadurch veranlaßt sehen, diejenigen Direktoren, die bisher noch keinen Antrag auf Ueberlassung ihrer Schulköfe an die spielende Jugend gestellt haben, darauf hinzuweisen, wie wünschenswert es wäre, wenn auch sie der Sache näher träten. Noch besser wäre es, wenn die Schuldeputation ihren Beschluß, die Entscheidung den Direktoren zu überlassen, wieder aufheben und verfügen wollte, daß alle irgend verwendbaren Schulköfe zu Spielen freigegeben werden. Es ist vollständig überflüssig, nun noch länger zu „versuchen“ und zu „probieren“. Die Einrichtung hat sich in verschiedenen anderen deutschen Städten, auch in großen und größten, seit einer Reihe von Jahren durchaus bewährt, hat bei der Bevölkerung Beifall und Unterstützung, bei der Schuljugend rege Teilnahme gefunden und ist in gesundheitlicher wie in erzieherischer Hinsicht von günstigem Einfluß auf die Kinder gewesen. Da auch in Berlin bereits seit mehr als 1 1/2 Jahrzehnten drei Gemeindeschulköfe „versuchsweise“ an unterrichtsfreien Nachmittagen zu Spielen benützt worden sind, so wird die städtische Schuldeputation längst wissen, daß die Sache hier ebenfalls geht: ginge sie nicht, so würden diese „Versuche“ wohl auch längst wieder aufgegeben worden sein. Neben der baldigsten Freigabe möglichst aller Schulköfe muß auch gefordert werden, daß die Köfe in den Ferien für den ganzen Tag oder doch für den größten Teil des Tages freigegeben werden. Das wird hoffentlich schon in den diesjährigen Sommerferien geschehen. Uebrigens müssen die Schulköfe selbstverständlich auch in einen solchen Zustand versetzt werden, daß das Spiel auf ihnen wirklich zu einer Erholung wird, sie müssen also regelmäßig besprengt werden, um der Staubentwicklung vorzubeugen.

In der Generalversammlung des Centralvereins für Arbeitsnachweis erlittete der Vorsitzende Dr. Freund am gestrigen Montag den Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Hiernach betrug die Gesamtzahl der Gesuche der Arbeiter: 34 917, die Gesamtzahl der besetzten Stellen: 24 141. Der Verein hat auf Grund seiner denkbar einfachsten Geschäftsführung — es wird nur ein einziges Formular unter Wegfall jeder Buchführung benützt — eine sehr genaue Statistik aufgestellt, insbesondere nach der Richtung, wie oft ein und dieselbe Person sich innerhalb eines Jahres bei dem Arbeitsnachweis hat einschreiben lassen und wie oft ein und dieselbe Person Arbeit erhalten hat. Auch läßt sich nachweisen, wie viel Zeit in jedem einzelnen Falle einerseits zwischen dem Eintritt der Arbeitslosigkeit und der Meldung im Arbeitsnachweis und andererseits zwischen der Meldung im Arbeitsnachweis und der Zuweisung von Arbeit verstrichen war. Durch Addition dieser Zeit ergibt sich die Dauer der Arbeitslosigkeit. Alle die Auszählungen bezwecken, ein ungeschminktes Bild über die Lage des Berliner Arbeitsmarktes zu geben. Dem Centralverein ist es gelungen, die Berliner Arbeiterschaft für die Bestrebungen des Vereins zu interessieren. Nachdem das Statut die erforderliche Abänderung erfahren hat, traten in den Vorstand des Vereins je 4 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche durch die Mitglieder des Ausschusses gewählt wurden. Der Verein hat bekanntlich beschloffen, auch der Regelung des Facharbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage näher zu treten und hat zu diesem Zwecke durch eine besondere Kommission ein Normalstatut für derartige Fach-Arbeitsnachweise aufstellen lassen. Der Verein giebt immer noch nicht die Hoffnung auf, auch die Arbeitgeberkreise für die Einrichtung der Fach-Arbeitsnachweise zu gewinnen. Die Jahresrechnung für 1898 wurde von der Generalversammlung abgenommen und dem Vorstände Entlastung erteilt. Bei der Erloswahl für zwei ausgetretene Vorstandsmitglieder wurden gewählt die Herren Magistratsassessor Herzfeld und Gewerbetrichter Schallhorn.

Ein prächtiger Sonntag hat vorgestern die Berliner für den verregneten Himmelsfahrtstag entschädigt. Nachdem am Sonnabendabend ein Gewitter über die Stadt und die Vororte niedergegangen war, lachte der Himmel am Morgen im lieblichen Maieblau: Für alle, denen es nicht am Nützlichsten, an Geld, und wegen der umhängherigen Durchlöcherung der Sonntagsruhe auch an Zeit gebrach, ein Signal, ihr die mehr oder minder freie Natur hinauszuflühen. Daß die Stadtbahn- und Vorortzüge an solchen Sonntagen überfüllt sind, daß das Bier, das in den großen Lokalitäten der Umgebung die durstigen Recken laben soll, vielfach von sehr zweifelhafter Güte ist, das sind jene Schattenseiten des Maieisontags, auf die, trotz aller Sonnenglut, jeder gern verzichtet. Immerhin nimmt der Berliner Humor im Vollgefühl seiner Kraft hiergegen gern den Kampf auf. Schlimmer ist schon ein anderer Uebelstand. Kann hat man sich mit Kind und Kegel unter den Nieren des Grünwaldes gelagert, so pflanzen sich in geringer Entfernung ein Duzend schwarz-laderner Schinken auf und plärren eine trübselige Weise daher. Es sind Junglingsvereiner, die in dem unglückseligen Wohn-befangen sind, daß sie mit geistlosem Gewinnel ihrem Herrgott eine Freude bereiten. Mag der Berliner Arbeiter sich über das schale Gebräu mit dem Trugschluß trösten, daß das Bier, das nicht getrunken wird, seinen Verwert sei! Gegen schale Menschen nützt dies Sprichwort nicht. Sie sind auf immer ungenießbar und liegen vor allem an Sonntag-nachmittagen dem Berliner Arbeiter schwer im Magen.

Die Gefährdung der Straßenpassanten durch den Wagenverkehr ist in den letzten Jahren in Berlin unabweisbar erheblich größer geworden, namentlich seit der Einführung des elektrischen Betriebes der Straßenbahnen. Trotzdem ist die Zahl der tödlich verlaufenen Unglücksfälle durch Ueberfahren nicht gestiegen. Sie war in den letzten 5 Jahren, 1894-98: 60, 63, 64, 70, 66. Die tödlichen Verunglückungen betrafen vorwiegend männliche Personen, 1898: 51 männliche, 15 weibliche (1897: 59 männliche, 11 weibliche, in den andern Jahren ähnlich). Unter den im Jahre 1898 durch Ueberfahren getöteten Personen waren 7 Kinder bis zu 5 Jahren, 10 Kinder von 5-10 Jahren, 2 Kinder von 10-15 Jahren, zusammen 19 Kinder bis zu 15 Jahren, ferner 31 Personen von 15-60 Jahren und 18 Personen von 60-90 Jahren. Kinder bis zu 5 Jahren und von 5-10 Jahren wurden 1898 nur in den Sommermonaten (in den Vorjahren fast nur oder doch vorwiegend in den Sommermonaten) durch Ueberfahren getötet. Der Zusammenhang dieser Erscheinung mit dem Spielen der Kinder in den Straßen liegt auf der Hand.

Kinderkür. Es wird berichtet: Eine wichtige soziale Aufgabe sucht der noch junge Verein zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung zu erfüllen, der eine Art Vorstufe des „Freiwilligen Erziehungsvereins für schulentlassene Waisen“ sein will und deshalb das Interesse der weitesten Kreise verdient. Er hat sich einerseits die Aufgabe gestellt, gegen den Mißbrauch der elterlichen Gewalt aufzutreten, der sich in übermäßiger Mißgunst und körperlicher Mißhandlung oder in Verwendung zu Arbeiten und Leistungen, die über das Maß der kindlichen Kraft hinausgehen oder das Kind sittlich gefährden, geltend macht. Der wichtigere Teil seiner Aufgabe ist aber, diejenigen Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung zu bewahren, die keine Eltern haben, also die Waisen, Halbweisen und anverwandten Kinder. Sie sind vielfach nur Ware, die von Hand zu Hand wandert; ihre Pflichten begeben nicht nur grobe Unterlassungsstrafen, sondern zu weilen geradezu Verbrechen an ihnen. Der Verein will eine dauernde Kontrolle über die Kinder ausüben und ihnen einen systematisch ausgeübten Schutz angebreiten lassen. Es giebt in Berlin

ca. 40 000 Waisen, von denen die Stadt Berlin 5000 in völlige Kostpflege übernimmt; die übrigen 87 1/2 Proz. müssen aufgesucht und ihre Verhältnisse genau untersucht werden. Wie viel unbeschreibliches Elend auf diesem Gebiete herrscht, hat der Verein bei der bisherigen Bearbeitung einzelner „Fälle“ schon vollumfänglich erfahren. Der Verein, der durch seine Tätigkeit das öffentliche Gewissen wecken will, befaßt zunächst eines kleinen Aufs, zunächst 1-2 Zimmer mit ein Paar Betten, wo ein solch armes Geschöpfchen geborgen werden kann, bis für seine Zukunft gesorgt ist, denn oft verschlimmern die Recherchen das Schicksal eines solchen Kindes. Vorsitzender des Vereins ist Generalleutnant z. D. v. Pelet-Karbonne, Schriftführer Major a. D. Hantelmann, Ansbacherstr. 8.

Wenn der Verein es ernst mit seiner Aufgabe nimmt, kann er in der That manches Gute stiften. Dann muß er sich allerdings zunächst völlig von Mudererei frei halten und seiner (sein Augenmerk auch auf die in Anstalten untergebrachten Kinder richten. Der Fall im Josefs-Waisenhanse zu Potsdam hat gelehrt, daß dort eine Kontrolle mindestens ebenso notwendig war, wie den Privatpfliegern gegenüber.

In der Angelegenheit der verkrachten „Allgemeinen Volks-Krankenkasse“ fand am Sonntag eine Versammlung von Mitgliedern der Kasse statt. Die Versammelten kamen dahin überein, daß die von der Liquidationskommission erlassenen Anforderungen zur Zahlung rückständiger Beiträge nicht beachtet werden sollen. Es wurde mitgeteilt, daß der juristische Vertreter der Liquidationskommission, Rechtsanwalt Wolfenstein, sich bereit erklärt habe, die Zahlungsaufforderungen vorläufig nicht gerichtlich einzulassen. Da verschiedene Thatsachen bekannt geworden sind, welche die letzte Generalversammlung der Kasse, in der die Liquidation beschloffen wurde, als nicht den Bestimmungen der Statuten entsprechend erschienen lassen, so will man die Beschlüsse dieser Generalversammlung aufheben. Der Kassenvorstand soll, falls sich hinreichende Gründe in seiner Geschäftsführung finden, bei der Behörde angezeigt werden. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Gründer der verkrachten Kasse die Absicht hätten, eine neue Kasse zu gründen, vor der man aber, nach dem mit der „Allgemeinen Volks-Krankenkasse“ gemachten Erfahrungen, nicht einbringlich genug warnen könne. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, die Rechte der Mitglieder weiter zu verfolgen und der nächsten Versammlung darüber Bericht zu erstatten. In allen, den Rechtsstreit der Mitglieder gegen die Kasse betreffenden Angelegenheiten solle man sich an Herrn Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, Margrafenstr. 61, welcher die juristische Vertretung der Mitglieder übernommen hat, oder an Herrn Roggemann, Girschenerstr. 81, wenden.

In der Zwangsäumung der Schneider, die am 1. Mai ins Leben getreten ist, finden die Wahlen der Vertreter an folgenden Tagen statt: 1. für die Stadtbezirke 1-10 und 202-217 am 16. Mai im Restaurant Drädel, Neue Friedrichstr. 35; 2. für die Stadtbezirke 11-30 am 16. Mai im Vereinshanse, Oranienstr. 106; 3. für die Stadtbezirke 31-40, 50-78b und 79-113 am 16. Mai im Restaurant Rönd, Zeltowerstr. 2; 4. für die Stadtbezirke 114-144 am 17. Mai im Vereinshanse Oranienstr. 106; 5. für die Stadtbezirke 145-181 und 182-201, den 17. Mai im Restaurant Wessel, Or. Frankfurterstr. 99; 6. für die Stadtbezirke 218-254, den 17. Mai, im Restaurant Belfer, Oranienstr. 15; 7. für die Stadtbezirke 255-278, 279-304 und 305-326 im „Germania-Jungenshanse“ (weiliger Saal), Chausseestraße 108, den 17. Mai. Alle diese Versammlungen werden pünktlich 5 Uhr nachmittags eröffnet. Als Legitimation sind die Gewerbesteuern-Quittungen oder die Krankenkassen- und Abmeldungen oder ähnliche Papiere mitzubringen.

Die städtischen Fluß-Bade- und Schwimmanstalten werden heute Dienstag zur Benutzung eröffnet. Die Anstalten für männliche Personen befinden sich: An der Schillingbrücke, an der Waisenbrücke, im Berderchen Wäldchen an der Jungfernbrücke und im Nordhafen; für weibliche Personen: An der Schillingbrücke, an der Ebertsbrücke und im Nordhafen. Die Anstalten an der Gubrystraße und hinter dem Grembsch Wäldchen, 50 haben je ein Bassin für männliche und weibliche Personen, während die Anstalt unter der Schillingbrücke zur abwechselnden Benutzung für beide Geschlechter geeignet ist. In allen Anstalten wird Schwimmunterricht erteilt. Kinder unter 10 Jahren dürfen die Anstalten nur in Begleitung erwachsener Angehöriger benutzen. Die Frauen-Badeanstalt an der Lessingbrücke ist abgedrochen worden.

Unterjagung jeder körperlichen Mäßigung von Kindern in städtischen Anstalten forderte eine Petition, welche in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung mit zur Verhandlung stand. Die Versammlung beschloß, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Zwei Monate Gefängnisstrafe erhielt eine Frau, weil sie sich durch die falsche Bekämpfung, wohnungslos zu sein, die Aufnahme in das städtische Obdach und dort eine Mietsunterstützung verschafft hatte. — Eine harte Strafe für eine Unflätliche, die doch wahrscheinlich nicht aus Uebermut, sondern in größter Notlage die göstlichen Mäme des städtischen Obdach aufgesucht hat, um sich dort durch allerdings falsche Angaben einige Mark zur Linderung ihrer Not zu verschaffen.

Der Erbauer der Berliner Stadt- und Ringbahn, Geheimer Regierungs- und Bauat Ernst Dirksen, ist Sonnabend in Erfurt im fast vollendeten 68. Lebensjahre verstorben.

Berliner Brotpreise. Nach den Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes war im Vierteljahr Januar, Februar, März 1899 der Durchschnittspreis für 1 Kilogramm Roggenbrot rund 24 1/2, 24 1/2, 24 1/2 Pf. (in denselben Monaten 1898: 23 1/2, 23 1/2, 24 1/2 Pf.), für 1 Kilogramm Weizenbrot (Eckrippen) rund 42 1/2, 42 1/2, 42 1/2 Pf. (1898: 40 1/2, 40 1/2, 41 1/2 Pf.). Man bekam für 50 Pf. im Januar, Februar, März 1899 durchschnittlich rund 2029, 2023, 2033 Gramm Roggenbrot (in denselben Monaten 1898: 2111, 2109, 2058 Gramm), rund 1174, 1176, 1180 Gramm Weizenbrot (1898: 1246, 1232, 1207 Gramm).

Die Kirch-Dunkerischen Gewerksvereine wollen sich, wie die „Volks-Zeitung“ meldet, gleichfalls ein eigenes Gewerksvereinshaus errichten und die auf 100 000 M. veranschlagten Unkosten durch Ausgabe von Anteilscheinen zu je 5 M. aufbringen.

Drei Menschen bei einer Benzinexplosion verunglückt. Eine folgenschwere Benzinexplosion erfolgte Montagnachmittag gegen 4 Uhr in dem Hause Oranienstr. 163. Hier betrieb die 63jährige Witwe Vethle in Gemeinschaft mit ihrem 39 Jahre alten unverheirateten Sohne S. Vethle eine Handschuhwäckererei. Ihre im 2. Stock belegene Wohnung bestand aus einem zweiflügeligen Vorder- und einem einflügeligen Hinterzimmer nebst Küche. Als Helferin bei der Wäsche fungierte eine 16jährige Arbeiterin aus Johannisdahl, deren Name noch nicht festgestellt ist, da sie in Berlin nicht gemeldet war. Als Wochtraum für die beiden Frauen diente die Küche, während Herr Vethle seine Arbeiten in der daneben befindlichen einflügeligen Stube verrichtete. Wie nun die Explosion in der Küche erfolgte, ist unangeführt, da die jugendliche Arbeiterin tot und Frau V. lebensgefährlich verbrannt ist, so daß an ihre Vernehmung nicht zu denken ist. Kurz vor 4 Uhr erschollen laute Giffler aus dem Hause und Passanten der Oranienstraße erblickten an ihrem Schreien an dem Fenster des zweiten Stockes ein in Flammen gefülltes Mädchen, das sich vergebens bemühte, auf die Fensterbrüstung zu gelangen, um auf die Straße herabzupringen. Nach wiederholten Versuchen gelang es ihm, den Oberkörper durch das Fenster zu zwängen. Es erfolgte ein zweimaliger dumpfer Fall,

zuerst auf das am Hause angebrachte Eisentransparent und dann auf das Trottoir. Die zur Hilfe herbeigeeilten haben sich einer total geistlosartigen fast formlosen Masse gegenüber, in der von Hausbewohnern die junge Arbeiterin aus der Wäschefabrik erkannt wurde. Sie gab nach wenigen Minuten ihren Geist auf. Mittlerweise waren aber noch weitere Hilferufe von oben erfolgt, zugleich drangen Flammen aus den Fenstern. Mehrere junge Personen stürzten die Treppe empor und zerschmetterten die Korridorthür zur bleichen Wohnung. Die Kinder des Parterre wohnenden Restaurateurs Schönwalder waren gleichzeitig mit gefüllten Wasseremern nach oben geeilt. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick dar. Frau Wehse stand listerlos brennend in dem auf demselben Korridor befindlichen Bildhauer-Atelier von Ferrari u. Montagner und beide Besizer bemähten sich im Verein mit Herrn Wehse vergebens, die Flammen zu löschen, zumal es in dem Atelier an Tüchern und Wasser fehlte. Das mitgebrachte Wasser wurde über die arme Frau gegossen und dadurch das Feuer beseitigt. Herr Ferrari und Herr Wehse hatten bei den Löscharbeiten selbst Brandwunden erlitten; namentlich die Wunden des letzteren sind nicht ungefährlich. Mutter und Sohn wurden ins Freie gebracht und von der inzwischen eingetroffenen Feuerweh nach dem Urban befördert. Die Brandwunden der alten Frau waren derart, daß sie denselben vielleicht schon erliegen ist. Eine Rettung gilt für ausgeschlossen. Das Feuer konnte nach 1/2stündigem Wassergeben beseitigt werden. Ausgebrannt ist im wesentlichen nur die Küche, wenn auch die Wohnräume und die Küche des dritten Stockes etwas in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Einen peinlichen Eindruck soll es beim Abzug der Arbeiterin gemacht haben, daß der leblose Körper der Verunglückten mehrere Minuten auf dem Straßensplaster liegen blieb, ohne daß irgend jemand aus dem zahlreichen versammelten Publikum sich getraute, Hand anzulegen. Es dauerte eine Weile, bis endlich einige Personen die entseztlich verbrannte Arbeiterin ansahen und in den Hausflur trugen.

Eine herzzerreißende Scene spielte sich kurz vor 6 Uhr vor dem Ingländehause ab. Als eben der Polizeiwagen mit der Leiche der Arbeiterin wegfahren wollte, kam zufällig der Vater des Mädchens, der 49 Jahre alte Buchdrucker Judis aus der Kronstraße Nr. 10 zu Johannisbad, mit seinem zwölfjährigen Sohne an dem Ingländehause vorüber. Der Mann blühte zu der Wohnung hinauf und sagte zu seinem Sohne: das ist ja da bei Frau Wehse, wo Anna arbeitet. Starb vor Schreden stand der Kerne da, als er nun das Unglück erfuhr. Er wollte dem Leichenwagen nachstürzen, aber man hielt ihn zurück, um ihm den entseztlichen Anblick zu ersparen, und brachte ihn dann in das Schönwalder'sche Familienrestaurant, wo man ihm zusprach und ihn aufrichtete. Nach längerer Zeit hatte er sich so weit gefaßt, daß er auch die Personalien seiner verbrannten Tochter angeben konnte. Es ist die am 1. Mai 1882 zu Berlin geborene Anna Judis, die schon länger bei Frau Wehse beschäftigt war. Judis besitzt noch 6 Kinder.

Zum vorsichtigen Umgang mit der Gaseinrichtung mahnt aufs neue ein schweres Unglück, das sich im Hause Leffingstraße 28 zugetragen hat. Hier wohnt ein Kaufmann Tichauer, ein Wittwer mit zwei Kindern, Mädchen im Alter von 13 und 11 Jahren, dem eine Schwester den Haushalt führt. Tichauer kam in der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr nach Hause. Seine Schwester und die beiden Kinder waren schon zu Bett gegangen, das 17-jährige Dienstmädchen Agnes Pommerenke öffnete ihm die Wohnung, da er keinen Schlüssel bei sich hatte. Tichauer ging gleich zu Bett und auch das Mädchen suchte sein Nachtlager in der Küche auf. Neben dieser schliefen in einer Kammer die beiden Kinder. Als Tichauer vorgestern Morgen um 8 Uhr, während seine Schwester noch schlief, dem Mädchen klangelte, erhielt er keine Antwort. Nichts Gutes ahnend, ging er in die Küche, um nachzusehen, was vorgefallen sei. Da bot sich ihm ein furchtbares Bild. Die Küche und die anstoßende Kammer waren mit Gas dicht gefüllt. Regungslos und ohne Bewußtsein lagen das Mädchen und die beiden Kinder da, jenes auf seinem Lager in der Küche, diese in der Kammer auf dem Bett und dem Sopha. Am Kochapparat auf der Küchenmaße war der schon etwas schadhast gewesene Gummischlauch geplatzt und abgefallen. Da nun wohl die Hähne zu den einzelnen Kochlöchern, nicht aber der Hauptkahn zur Maschine geschlossen war, so hatte das Gas freien Austritt geholt und Küche und Kammer gefüllt. Ein Arzt, der sofort gerufen wurde, konnte nur noch die beiden Kinder ins Leben zurückrufen, das Mädchen, welches den Einwirkungen des Gases am unmittelbarsten ausgesetzt gewesen war, hatte bereits seinen Geist aufgegeben. Das ältere Kind konnte in ärztlicher Behandlung in der Wohnung bleiben, das jüngere mußte in das Noabiter Krankenhaus gebracht werden.

Auf seiner ersten Radtour hat am Sonntagmorgen der in der Adalbertstr. 52 wohnende Fabrikbesitzer Winkler den Tod gefunden. Auf Anordnung des Arztes sollte Winkler, der seit einiger Zeit fränkelt, radfahren; nachdem der Patient kürzlich die Handhabung dieses Sports erlernt hatte, wollte er Sonntagmorgen den ersten Ausflug und zwar nach Treptow, unternehmen. In Begleitung mehrerer Freunde fuhr Winkler gegen 8 Uhr früh von Hause fort und radelte in langsamem Tempo die Köpnickstraße entlang. Plötzlich rief er seinem neben ihm fahrenden Freunde zu: „mir wird so schlecht“, stieg von der Maschine ab und brach bewußtlos zusammen. Ein von der nächsten Unfallstation herbeigerufenen Arzt konnte nur den infolge Herzschlages eingetretenen Tod konstatieren.

Vor einigen Tagen ist der Partiewaaren-Händler Kessel in der Markusstraße unter dem Verdachte der gewerblich und gewohnheitsmäßigen Heblerei verhaftet und nach seiner Vernehmung vor der Kriminalpolizei in das Noabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Der Arbeiter Laube, der am Mittwoch auf dem Kohlenhofe der Gasanstalt in der Danzigerstraße von einer Leiter fiel und sich außer inneren Verletzungen einen Schädelbruch zuzog, ist gestorben.

Vom Standesamt in den Tod gegangen ist am Sonnabend der 36-jährige Kaufmann Schwarz. Der in der Fehrbellinerstraße wohnende Mann, der in einem Fabrikgeschäft des Nordens der Reichshauptstadt angestellt war, hatte sich mit einer Rentierwitwe verlobt, und die standesamtliche Trauung fand am vorigen Freitag statt; Sonntag sollte die kirchliche Feier folgen. Am Freitagnachmittag erklärte der junge Herrmann seiner Gattin, daß er abends Geschäfts halber nach Köln fahren müsse und von dieser Reise am Sonntag früh zurückkehren werde. Statt dessen traf jedoch ein Telegramm aus Köln bei der jungen Frau ein, worin ein Hotelwirt anzeigte, daß sich Herr Sch. am Sonnabendnachmittag erschossen habe.

Der 29 Jahre alte Former Karl Deule, der in der Ködlinerstr. 9 bei seinen Eltern wohnte und auf dem „Vulkan“ in der Chausseestraße arbeitete, feierte am 2. d. M. abends, mit mehreren Arbeitsgenossen einen Geburtstag. Nach 10 Uhr trennte er sich in der Neuen Hofstraße von seinen Begleitern. Seitdem war er verschwunden, bis man gestern an der Torffstraße seine Leiche aus dem Spandauer Saisfahrtskanal landete. Wie er ins Wasser geraten ist, weiß man nicht.

Einen jähen Tod im Bade fand am Sonnabendabend der Tischler Heinrich Seidler, der in der Pianofabrik von Wehstein beschäftigt war. Der junge Mann nahm in der städtischen Volks-Badeanstalt an der Schillingstraße ein Schwimmbad und ging, nachdem er eine Weile geschwommen hatte, plötzlich unter. Der Verstorbene litt an Krämpfen.

Geiserrt sind für Fuhrwerke und Reiter bis auf weiteres: Die Artilleriestraße von der Dranienburger- bis zur Johannesstraße, die Petrisstraße von der Rittergasse bis zur Vertrauensstraße und die Artilleriestraße zwischen der Linien- und Auguststraße einschließlich des Kreuzdamms der ersten.

Ueber das Vermögen des Bildhauers Louis Castan, des ehemaligen Besitzers des Panoptikums in der Friedrichstraße, ist vom Amtsgericht in Potsdam das Konkursverfahren eröffnet worden. Schon lange war es bekannt, daß das einst so berühmte Castan'sche Panoptikum infolge der großen Konkurrenz des Passage-Panoptikums nicht mehr recht ertragsfähig war, so daß es kürzlich in den Besitz einer Gesellschaft überging, die dessen gründliche Umgestaltung vornehmen wird. Auch andere Castan'sche Unternehmungen in Kürrenberg re. prosperierten nicht und mußten bald wieder aufgegeben werden. Das Panoptikum in der Friedrichstraße bleibt bei dem Konkurs außer Betracht. Castan bewohnt seit Jahren in Potsdam eine mit künstlerischem Geschmack ausgestattete Villa.

Neben den im Berliner Aquarium eingetroffenen neuen, den breiten Schichten des Publikums wieder dem Namen nach dem Aussehen nach bekannten Fischen sind auch einige Arten aus den europäischen Meeren hier angelangt, die der Binnenländer wohl als Marktische, frisch geistert oder in irgend einer Form der Zubereitung, geistert oder verpeit, aber noch nie in ihrem Lebenselement, dem Seewasser, zu beobachten Gelegenheit gehabt hat. Künftig dem zu den gewöhnlichen Fischen gehörigen Gering, dessen mit kaum zu überwindenden Schwierigkeiten verknüpfte Wiederführung vom Strauß nach dem Berliner Aquarium leihweise zweimal wenigstens zum Teil gelüht ist, sind dieser Tage einige Exemplare des sehr schwer zu erhaltenden Steinbutt aus der Ostsee angekommen, die nun in dem großen Bassin der Marktische ihre anziehenden Bewegungen zeigen.

Aus den Nachbarorten.

Das Nichtigkeitsrecht der Lehrer wird infolge der bekannten „Schöneberger Schulaffäre“ nun auch die Stadtverordneten-Versammlung der Nachbarstadt beschäftigen. Von 14 Mitgliedern dieses Kollegiums ist an den Magistrat die Anfrage gerichtet worden, ob er Vorsorge getroffen habe, daß Vorkommnisse, wie sie durch den Prozeß wegen jener Schulangelegenheit offenbar geworden seien, in Zukunft nicht mehr vorkommen könnten, und diese Anfrage wird nun in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten vom Magistrat beantwortet werden.

Groß-Lichterfelde. Verhältnisse unerquicklicher Art, welche zwischen dem Lehrpersonal der Gemeindefschule in Groß-Lichterfelde entstanden sind, werden demnächst Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II bilden. Der Rektor Hillger hat als Leiter der Gemeindefschule mit den ihm unterstellten Lehrern und Lehrerinnen Zerwürfnisse gehabt. Zu seinen Hauptgegnern gehört der Lehrer Niethke. Von beiden Seiten liegen bei der vorgesetzten Behörde Beschwerden ein, bis Hillger schließlich an eine andere Gemeindefschule versetzt wurde. Anfangs vorigen Jahres wurde gegen Hillger auf Verreiben seiner Gegner ein Strafverfahren wegen Verletzung eingeleitet. Der Staatsanwalt beantragte aber selbst die Aufhebung des Verfahrens, da er die Hauptbelastungszeugen nicht für glaubwürdig hielt. Diefem Antrage wurde von der Strafkammer entsprochen. Hillger wurde darauf wieder in sein Amt eingesetzt und ihm wie seinem Gegner Niethke wurde die Verpflichtung auferlegt, nimmehr, in Ruhe und Frieden zu leben.

Diefem Gebot sind weder Hillger noch Niethke nachgekommen. Bald erschienen in den beiden in Groß-Lichterfelde bestehenden Lokalblättern Aufsätze, in denen die Parteien sich in der heftigsten Weise angriffen. Niethke soll zuerst der Angegriffene gewesen sein. Er antwortete in demselben Blatte in verschärfter Form und soll sich dadurch der Beleidigung des Rektors Hillger schuldig gemacht haben, weil er die früheren gegen Hillger erhobenen Beschuldigungen des Betrugs noch aufrecht erhielt. Später erschienen im „Lichterfelder Wegweiser“ Artikel, welche von dessen Redakteur Dr. Klein verfaßt waren, der Ehrenrettung Hillgers dienen sollten und wiederum Beleidigungen Niethkes enthielten. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Hillger, Niethke und Dr. Klein Anklage wegen Beleidigung erhoben. Im Termin, in welchem Rechtsanwalt Dr. Schmidt die Gegner Hillgers vertritt, wird voraussichtlich viel schmutzige Wäsche gewaschen werden.

Stadtverordnetenwahlen finden in Charlottenburg im Herbst statt. Zu wählen sind im ganzen 23 Stadtverordnete, und zwar 8 in der dritten, 8 in der zweiten und 7 in der ersten Abteilung. Erledigt ist von 66 Mandaten nur eins, das des akademischen Zeichenlehrers Richard Schwarzlose, der sein Mandat infolge der Wahl zum Direktor der Kunstgewerbeschule niedergelegt hat. Mit dem Ablauf dieses Jahres scheiden aus der Stadtverordnetenordnungsgemäß aus der dritten Abteilung die Stadtverordneten Deher, Bernide, Spiegede, Förstner, Otto, Dr. Jastrów und Heise aus.

Auf dem Bahnhof Grunewald entstanden zwischen Ausflüglern und Eisenbahnbeamten allomnählich dadurch Konflikte, daß die mit Stadtbahn-Fahrkarten versehenen Personen angehalten wurden, weil Grunewald eine Vorortstation ist, für die nur Vorort-Fahrkarten Gültigkeit haben. In jedem Sonntage waren es Hunderte von Personen, die von dieser Bestimmung keine Kenntnis hatten und normalige Zahlung verweigerten. Nimmehr hat, wie eine Korrespondenz wissen will, die Direktion der Stadt- und Ringbahn verfügt, daß Passagiere mit Stadtbahnbillett, sobald der vorchriftsmäßige Fahrpreis bezahlt ist, anstandslos die Kontrolle passieren dürfen.

Eine glückliche Gemeinde. In der Gemeindevertretung des Vorortes Grunewald wurden die Gemeindesteuern für 1889 wie folgt festgesetzt: Als Grundsteuer wird 1 vom Tausend des gemeinen Wertes erhoben; von der veranlagten Gewerbesteuer wird ein Zuschlag, und zwar: aus der Gewerbesteuerklasse I und II von 100 Proz., aus der Gewerbesteuerklasse III und IV von 50 Proz. erhoben; die Gemeinde-Einkommensteuer kommt mit 15 Proz. Zuschlag zur veranlagten Staatseinkommensteuer zur Erhebung.

Der Selbstmord eines Lehrers der katholischen Schule zu Potsdam erregt dort großes Aufsehen. Am Sonnabendmittag wurde im Walde bei den Jäger-Schießständen der 30-jährige ledige Lehrer Hoffmann erhängt aufgefunden. Ueber die Ursache des Selbstmordes weiß man nichts.

Die Einrichtung einer Straßenbahn-Linie vom Südosten der Stadt bezw. Rigdorf nach dem Schloßplatz ist durch die ablehnende Haltung der Firma Rudolph Herzog in Sachen der Regulierung der Breitenstraße wieder in weite Ferne gerückt.

Reinickendorf. Der Rechtsstreit zwischen dem Eisenbahndirektor und dem Kreise über Zahlung von 60 623,78 M. für das auf der nordöstlichen Seite des Bahnhofes Schönholz erworbene Gelände, das nach dem Einwande des Kreisaußschusses zur Erweiterung der Bahnhofsanlage der Nordbahn notwendig gewesen, ist in erster Instanz dahin entschieden, daß der Kreis von der eingeklagten Summe einen Anteil von 16 851,45 M. zu tragen hat. Der Kreisaußschuß hat beschlossen, von einer Verzichtung abzusehen, da gegenüber der Fassung des Vertrages, wie sie von der Eisenbahn-Verwaltung vorgeschrieben worden ist, es nicht unbedingt sein würde, den Rechtsstreit fortzuführen. — Ein Ausschuß der Stadt Berlin, bestehend aus dem Bürgermeister Kirchner, mehreren Stadträten sowie den Mitgliedern der Grundeigentums- und Parlamentsdeputation beschloß dieser Tage das Terrain für den in Anregung gebrachten Nordparl. Bei dieser Gelegenheit wurde gleichzeitig der dafelbst befindliche Abfahrsplatz einer Inspektion unterzogen und den Stadtverordneten Gelegenheit gegeben, den Gemüß der in voller Thätigkeit befindlichen Arbeiter durchzuführen. Nach einem angefertigten Plan würde der in Frage kommende Park eine Größe von ca. 190 Morgen erhalten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Reinickendorfer See jedenfalls wegen der Baggararbeiten einer Besichtigung unterzogen.

Gerihts-Beitung.

Einen erbitterten Kampf mit seinem früheren Wirt, dem Hauseigentümer Wienad, führt seit Jahren der Droschkentischer Wilhelm Reinhold, welcher sich gestern vor der siebenten

Strafkammer des Landgerichts I wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu verantworten hatte. Reinhold hatte anfangs 1897 bei Wienad eine kleine Wohnung für den monatlichen Mietpreis von 15 M. inne. Der Angestellte verweigerte schließlich die Zahlung mit der Begründung, daß die Wohnung ungesund sei. Sein Wirt strengte die Exmissionsklage an, er erstellte ein obliegendes Urteil. Am 5. Mai 1897 erließ Wienad in Begleitung eines Gerichtsvollziehers in der Wohnung des Angestellten einen Befehl. Es war nur die Ehefrau des Angestellten anwesend. Diese gab an, daß sie über Vermittel nicht verfüge. Der Gerichtsvollzieher verlangte, daß sie einen im Zimmer stehenden Koffer öffnen solle. Die Frau gab den Schlüssel zum Koffer erst heraus, nachdem gedroht worden war, daß man einen Schlosser holen lassen wolle. Der Gerichtsvollzieher öffnete den Koffer und fand darin sofort einen Beutel mit Geld. Er entnahm dem Beutel vor den Augen der Anwesenden eine Hand voll Silbermünzen, zählte davon den Betrag der Forderung nebst den Kosten — 20 M. 10 Pf. — ab und hat das überschüssige Geld wieder in den Beutel, den Frau Reinhold wieder im Koffer verschloß. Darauf mußten die anwesenden Bewohner die Räume verlassen, der Gerichtsvollzieher übergab dem Wirt die Schlüssel und beide entfernten sich ebenfalls. Nach einigen Tagen ließ Reinhold seine Sachen holen. Längere Zeit darauf zeigte der Angestellte den Eigentümer Wienad wegen Diebstahls an. Er behauptete, daß der Beutel, der in dem Koffer gelegen, außer etwa 100 M. Silbergeld noch gegen 300 M. in Gold enthalten habe. Diese Goldstücke seien sämtlich verschwinden gewesen, als der Koffer wieder in seinen Besitz gelangt sei, nur der Handwirt könne der Dieb sein. Die Staatsanwaltschaft lehnte es ab, gegen den Bezichtigten einzuschreiten und ebenso wies das Kammergericht die Beschwerde zurück. Nun wurde der Spieß umgedreht und gegen Reinhold obige Anklage erhoben, da angenommen wurde, daß er sich die ganze Geschichte aus den Fingern gezogen habe, um sich an Wienad zu rächen. Der Angestellte behauptete im Termine feiß und fest, daß er nur aus bester Ueberzeugung gehandelt habe. Es gelang ihm auch der Nachweis, daß er wenigstens kurze Zeit vor dem angeblichen Diebstahl im Besitze einiger hundert Mark in Gold gewesen war. Der Staatsanwalt ließ deshalb die Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung fallen und beantragte nur wegen Beleidigung des Zeugen Wienad, den der Angestellte ohne jede Unterlage des Diebstahls beschuldigt habe, eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Der Gerichtshof folgte aber den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalts Richard Wolf und sprach den Angeklagten völlig frei, da ihm eine besondere beleidigende Absicht nicht nachgewiesen sei und er sich auch in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe.

Versammlungen.

Der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter (Zentrale I.) hielt am 8. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in der die Aussparungen ausläch der Maßfeier besprochen wurden. Es wurde besonders auf die Niederlage der Arbeitgeber-Organisation hingewiesen, welche ohne weiteres nimmehr eine weitere Aussparung mit großer Majorität in ihrer Versammlung ablehnte. Unter anderem wurde das Verhalten des Arbeitgebers Stehmann, Reichenbergerstr. 142, aufs schärfste verurteilt. In nächster Zeit soll ein Besuch der Sternwarte in Treptow stattfinden.

Die Mechaniker und Uhrmacher nahmen am 10. Mai in einer öffentlichen Versammlung Stellung zur Aussparung der Kollegen bei der Firma W. A. Dirschmann, Johannisstr. 14/15, deren Ursache wie in vielen anderen Betrieben die Maßfeier war. Nach den Ausführungen des Schefflers ist der Unternehmer der Ansicht, daß er sich mit seinen Arbeitern viel zu weit eingelassen habe; diese Weisheit sei Herrn Dirschmann nachträglich durch den Verband der Rühnemänner beigebracht worden. Nach berathenden Mithen haben auch diesmal die Herren Metallindustriellen eine schwarze Liste, die der Versammlung vorlag, herausgegeben, die eine Anzahl Namen der Feiernben am 1. Mai enthält. Die schwarze Liste enthält den Vermerk: Die Betroffenen nicht wieder einzustellen. Seitens der Organisation sei der Fabrikant, nachdem er jede Verhandlung abgelehnt habe, zur Versammlung eingeladen worden, worauf der Herr nachstehenden Brief dem Einberufer zusandte: „Differenzen sind in meiner Werkstatt nicht ausgebrochen und würden sich auch einer öffentlichen Diskussion entziehen. Bezüglich der seiner Zeit gleichzeitig und in größerer Zahl aus dem Arbeitsverhältnis ausgetretenen Gehilfen hat sich bis heute zur Wiedereinstellung niemand gemeldet, so daß ich die freien Plätze wieder besetzt habe.“

Nach längerer Debatte, in der auch das unsolidarische Verhalten der Meister Herzog und Meier auf das maranteste gekennzeichnet wurde, nahm die Versammlung nachstehende Resolution einstimmig an: Die heute am 10. Mai bei Feuerstein tagende öffentliche Mechaniker- und Uhrmacher-Versammlung spricht den Aussparierten der Firma Dirschmann ihre volle Sympathie aus und erwartet, daß jeder rechtlich denkende Kollege so lange die Werkstatt der Firma Dirschmann meidet, bis die Differenzen beigelegt sind.“

Die Tapezierer der beiden Zentrale Nord und Süd hielten am 10. Mai in den Aminhallen eine kombinierte Versammlung ab. Zur Verantung stand der Schlußpassus zum Streikreglement, welcher lautet: „Verbandskollegen, welche betruht streikenden Kollegen in den Mäden fallen, sind drei Jahre vom Verband auszuschließen, wenn nicht noch weitere Verböde zu verzeichnen sind.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, die Zentrale-Versammlungen nicht an ein und demselben Abend abzuhalten, wird mit 2/3 Mehrheit abgelehnt. Dem hierauf unterbreiteten Bericht der Agitationskommission ist zu entnehmen, daß zehn Sitzungen und drei mit Hinzuziehung der Werkstatt-Vertrauensmänner stattgefunden haben. Die Einnahme mit dem alten Bestand betrug 607,30 M., die Ausgabe 75,55 M. Das Entnehmen von Streikmarken wurde den Mitgliedern weiter zur Pflicht gemacht. Zur Maßfeier hatten 150 Tapezierer aus 14 Werkstätten frei bekommen. 7 Meister hatten die Erlaubnis verweigert, 16 Kollegen hatten dennoch gefeiert. Die Agitation nach dem Osten gestaltet sich etwas schwierig, für mehrere Städte fehlen noch Adressen von Kollegen. In der Diskussion wurde auf die Erfolge in den kleineren Städten hingewiesen, man müsse auch in Berlin versuchen, die zehnstündige Arbeitszeit zu beseitigen.

Ueber die lex Heinze sprach Genosse Stadthagen am 10. Mai in einer von der wirtschlichen Vertrauensperson einberufenen, äußerst zahlreich besuchten Volksversammlung, die im Berliner Prater abgehalten wurde. Der Redner zeigte an den Bestimmungen des Gesetzentwurfs, welche sich auf das Zufälltverweiser und die Prostituierten beziehen, daß es den angeblichen Verfechtern der Sittlichkeit nicht um Veretigung der Ursachen der Unzucht zu thun sei, sondern daß sie nur bestrebt seien, dieselben durch ein Feigenblatt vor der Öffentlichkeit zu verhallen. Das Zufälltverweiser sei eine Folge der polizeilichen Reglementierung der Prostitution und diese habe wieder ihre Ursache in den sozialen Verhältnissen, nicht zum wenigsten in den niedrigen Löhnen der Arbeiterinnen. Freies Koalitionsrecht, mittels dessen sich die Arbeiterinnen höhere Löhne erringen können, sei ein wirksameres Mittel gegen die Ausbreitung der Prostitution, als die Strafbestimmungen. Wer den Frauen und Mädchen das Koalitionsrecht vorenthält, der stößt Tausende in die Prostitution und ist deshalb schlimmer, wie der Zufälltverweiser, denn dieser beutet die Mädchen zwar aus, jener aber ist schuld an ihrer elenden Lage. Der Antrag, welcher den Schutz der Arbeiterinnen vor unftitlichen Angriffen ihrer Arbeitgeber bezweckt, sei in der Kommission besonders von den konservativen und Rational-liberalen bekämpft worden, ein anderer Antrag, der den Dienst-mädchen das Recht geben wollte, das Dienstverhältnis zu lösen, wenn durch dasselbe ihre Sittlichkeit gefährdet werde, sei abgelehnt worden. Angesichts dessen müsse man doch sagen, das ganze Verfahren, welches die herrschenden Parteien bei der „lex Heinze“ betanden, sei nichts als Geheulei, die die Unzucht nicht beseitigen, sondern nur verhallen

wolle. Weiter ging der Redner auf jene Bestimmungen des Entwurfs ein, welche geeignet sind, der Kunst Fesseln anzulegen. Man müsse der Prädikate entgegenzutreten, die alles nacheinander, auch wenn es in künstlerisch schöner Form dargestellt wird, verpönte, und die jede Betätigung der geistigen, natürlichen Sinnlichkeit als etwas Anstößiges und Verwerfliches ansehe. Redner kam zu dem Schluss, dass die „lex Heinze“, wenn sie vom Reichstag angenommen werden sollte, nicht geeignet sei, die Sittlichkeit zu fördern. Da die Unzucht in den gesellschaftlichen Zuständen ihre Ursache habe, so werde wahre Sittlichkeit erst zur Herrschaft kommen in der von der Socialdemokratie erstrebten Gesellschaft. — Der fast zweistündige Vortrag des Genossen Stadthagen wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Versammlung beauftragte, einem Vorschlag der Vorsitzenden Genossin Reich zufolge, das Bureau, eine Resolution im Sinne der Ausführungen Stadthagens an den Reichstag zu senden.

Eine Versammlung aller in der Filzschuhindustrie beschäftigten Personen setzte die in einer früheren Versammlung vertagte Diskussion über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Filzschuhbranche fort. Alle Redner hoben hervor, dass wenn man die eingerissenen Mißstände beseitigen wolle, vor allen Dingen nötig sei, die Organisation zu stärken. Um eine wirksame Agitation entfalten zu können, wählte die Versammlung eine dreigliedrige Kommission, welche in Verbindung mit dem Vorstand diese Aufgabe zu erfüllen hat.

Rixdorf. Am 6. Mai tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Möbelpolierer. Nach einem Referat des Genossen Pause über: Die Entfaltung und die Aufgaben der Arbeiterbewegung nahm die Versammlung den Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftskongress entgegen. Die hierauf vorgenommene Wahl zum Kartell ergab August Krieger als Delegierten, Karl Postel als dessen Stellvertreter. In der weiteren Diskussion wurde die diesjährige Maidemonstration, trotz der von dem Unternehmertum vorgenommenen Ausbesserungen, als äußerst zufriedenstellend bezeichnet. Die Anwesenden wurden ferner ermahnt, dem socialdemokratischen Verein „Vorwärts“ beizutreten und nur die Arbeiterpresse zu abonnieren; dies sei die beste Antwort auf die Mahnungen der Unternehmer.

Wilmersdorf. In einer gut besuchten Versammlung des socialdemokratischen Vereins, die am 10. Mai im Wilmersdorfer Garten tagte, hielt Genosse Grempe einen lehrreichen, beifällig aufgenommenen Vortrag über die Fortschritte in der Technik. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten. Zum Schluss wurden dem Vertrauensmann 40 Mark zum Zwecke der am 4. Juni stattfindenden Agitationstour bewilligt.

Deutscher Senfeler-Bund. Mitgliederversammlung Berlin. Heute abend 8 Uhr im Restaurant Wiegand, Straßburgerstr. 57: Mitgliederversammlung und Vorstandssitzung.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Filiale Köpenick). Sonnabend, 20. Mai, abends 8 Uhr, im Locale von Schwaner, Adlerhof, Wilmersdorf. 16: Außerordentliche Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung, u. a. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Nürnberg.

Friedrichsfelde. Der hiesige socialdemokratische Wahlverein hält am Donnerstag, den 18. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Locale von Schulz, Prinzenallee 6, eine Versammlung ab. Vortrag über: Ein Ausblick in den Fortschritt der Welt. Referent: Dr. Joel. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gölle willkommen.

Marktpreise von Berlin am 13. Mai 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

*) Weizen D.-Gr.	15,90	14,90	Schweinefleisch 1 kg	1,50	1,10
*) Roggen	15,—	14,—	Rohfleisch	1,80	1,—
*) Futter-Gerste	13,20	12,40	Hammelfleisch	1,50	0,90
*) Hafer gut	15,60	15,10	Butter	2,60	2,—
*) mittel	15,—	14,50	Eier 60 Stüd	3,60	2,20
*) gering	14,40	14,—	Kartoffeln 1 kg	2,20	1,20
Rübsenstroh	4,16	3,50	Kartoffeln	3,—	1,40
Heu	7,10	4,50	Rinder	2,60	1,—
*) Gersten	40,—	25,—	Schafe	2,—	1,20
*) Speisebohnen	50,—	25,—	Barfische	1,50	0,80
*) Wicken	70,—	30,—	Schleie	3,—	1,20
Kartoffeln, neue	6,—	4,—	Heide	1,20	0,80
Rohfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20	Krebse per Schod	12,—	2,50
do. Bauch	1,20	1,—			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Rotteringsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.
† Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 15. Mai. Weizen gab 3/4, Roggen nach, Roggen war namentlich auf billige russische Roggenhoferien stark gedrückt und verlief gegen Sonnabend um 17, bis 2 R. Hafer schwach und nachgebend. Mais behauptet, Kaffee unverändert. — Die amtliche Statistik fand am Spiritusmarkt eine gute Aufnahme, umso mehr, als die von anderer Seite erwahnte Mehrproduktion eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre aufwies. Angeboten waren heute nur 79 000 Liter 70er Ware, die mit 40,60 R. (+ 0,10 R.) Käufer fanden. 50er Spiritus war nicht im Handel. Termine konnten sich behaupten.

Kartoffelfabrikate. Berlin, 15. Mai. Prima Kartoffelmehl per 100 Kilogramm 20,60 R. Prima trockene Kartoffelfärbung per 100 Kilogramm 20,60 R. Feuchte Kartoffelfärbung per 100 Kilogramm 10,30 R.

Berlin's Getreide- und Mehlzuzuführen zu Wasser vom 13. Mai mittags bis 15. Mai mittags betragen 735 To. Roggen, 10 To. Hafer, 212 To. Gerste, 772 To. Mais, 7308 D.-Gr. Weizenmehl.

Eierbericht vom 15. Mai. Normale Eier 2,35—2,55 R., kleine 2,10 bis 2,15 R. pro Schod. Tendenz fest. Berlin's Eierzufuhren per Bahn betragen in voriger Woche 923 447 kg, davon 888 830 kg. per Niederschlesische, 14 670 kg. per Ostp., 14 760 kg. per Stettiner, 1700 kg. per Nordp., 1524 kg. per Berliner Bahn. Die Ausfuhr betrug 51 111 kg., davon 11 250 kg. per Niederschlesische, 11 873 kg. per Anhalter, 2860 kg. per Stettiner, 1280 kg. per Nordp., 22049 kg. per Potsdamer Bahn.

Vermischtes.

Jechenbrand. Aus Essen wird berichtet: Sonntagmittag brannte auf der Jechen Bonifacius der auf Schacht I in Holz-zimmerung stehende Schachturm aus. Bei den Völkcharbeiten brach infolge eines unglücklichen Sturzes ein Feuerwehmann das Genick. Die Entstehungsurache des Brandes ist nicht bekannt.

Von einem schweren Brandunglück wurde am Sonntag der Marktreden Paanten bei Reihem heimgeführt. Das Feuer brach um 10 1/4 Uhr vormittags aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit. Die Kirche und 24 Häuser nebst den dazu gehörigen Stallungen und Scheunen wurden ein Raub der Flammen. Erst um 2 Uhr nachmittags war die Gefahr einer weiteren Ausdehnung beseitigt.

In Paris entstand im Gebäude der Handelskammer am Börseplatz Sonntag gegen 1 Uhr nachts ein großer Brand. Das Feuer brach in der Bibliothek aus und teilte sich dem Empfangssaal mit, welcher vollständig zerstört wurde. Gegen 2 Uhr nachts gelang es der Feuerwehr, das Feuer zu bewältigen. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die freie Liebe im Gegenwartskraate. Aus Karlsruhe wird der „R. V. Landesztg.“ geschrieben: In hiesiger Stadt kursieren seit einiger Zeit verschiedenartige Gerüchte über vorgekommene Verhaftungen mehrerer Ballet- und Chörebelinnen des hiesigen Hoftheaters wegen Orgien, die sie gemeinsam mit Studierenden gefeiert hätten. In Theaterkreisen erzählt man sich die verschiedenartigsten Versionen über die betäubenden Vorlesungen; nach allem dürfte es Thatsache sein, daß es sich um schwere Verstöße gegen die Sittlichkeit handelt, bei denen die Söhne der Gebildeten und Besigenden wieder einmal im schmutzigen Lichte erscheinen. Diese jungen Herren, die nichts anderes zu thun haben, als ihres Vaters Geld zu verputzen, sind sicher weit strafbarer, als die armen Mädchen von kaum 16 Jahren, die als Glieder der Karlsruher Hofoper, so lange sie nicht angestellt sind, gar keine Bezahlung und dann ganze 20 Mk. pro Monat erhalten. Daß diese Mädchen bei einer solchen „Bezahlung“ den größten Verdrußungen ausgesetzt sind, ist wohl einleuchtend. Eine bessere Honorierung auch des jugendlichen Personals an einer Musteranstalt (!), wie es die hiesige Hofbühne sein will, sollte an maßgebender Stelle ernstlich in Erwägung gezogen werden.

Aus New York wird berichtet: Bei dem Eisenbahn-Unfall am Freitag sind auf der Station Greter 34 Personen getötet worden. — Auch in Ulfa ereignete sich nachts ein Eisenbahn-Unfall. Ein Zug fuhr auf einen anderen, der auf der Station stand, mehrere Wagen entgleisten und wurden zerschmettert. Zwei Bahnbediente wurden getötet, viele Personen verletzt. Die zerschmetterten Wagen fingen Feuer. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Unfall soll durch Nachlässigkeit eines Zugführers verursacht worden sein.

Witterungsbericht vom 15. Mai 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. u. G. u. F.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. u. G. u. F.
Eintracht	754	SO	4 wolkig	18	Darmstadt	759	OSO	2 Schnee	8
Hamburg	752	SO	1 bedekt	16	Petersburg	764	OSO	1 bedekt	2
Berlin	753	SO	4 wolkig	18	Sofia	747	SO	1 bedekt	11
Wiesbaden	752	SO	3 bedekt	16	Nürnberg	747	SO	3 bedekt	7
München	755	SO	2 bedekt	14	Paris	—	—	—	—
Wien	757	SO	2 bedekt	15					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. Mai 1899.
Etwas kühler, bei mäßigen Südwestlichen Winden, veränderlicher Bewölkung und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 16. Mai.

Opernhaus. Jungweibe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Piccolomini. Anf. 7 1/2 Uhr.

Neues Opern. Die Fiedlermänn. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Der Talsman. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leffing. Die Kameliendame. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Die Babelfaun. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neidens. Der Schlafwagen. Controleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Die Frau vom Meer. Anfang 8 Uhr.

Neues. Hofgung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Adelen. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.

Thalia. Geflohen.

Wuifin. Ein Proletarier. Hierauf: Bogelfrei. Zum Schluss: Todwiga. Anfang 8 Uhr.

Welle-Alliance. Pech-Schulze. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cfend. 5 Jahre Zuchthaus (226). Vom Wege ab! Anfang 8 Uhr.

Friedrich. Wilhelmshüttdes. Des großen Königs Refrat. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.

Wiener Volks-Theater. Das Ber-sprechen hinterm Herd. Coufin. Anfang 7 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neidshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Geen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Urania. Taubensstraße 48-49. Holmfandische Anschaffung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Opernvorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr:

Die Frau vom Meer.

Schauspiel in 5 Akten von H. Jbsen.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Zwei glückliche Tage.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Herrgottschneider von Ammergau.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.

Abends 7 1/2 Uhr:

Die Puppe (La Poupée)

Operette in 4 Akten und einem Vorspiel

von Ordonneau u. Stangob. Musik

von Ed. Kadran.

Morgen und folgende Tage: Die

Puppe (La Poupée).

Mit dem ballestielenden Hund.

4 Noiset, 6 Glinzeretti,

Kunstradfahrer, Akrobaten,

Frid-Frid, Berliner Soubrrette, Mariot,

Humorist, Gregory, ikar, Spiele.

2 grosse Balletts.

60 Damen.

Wochentags Anfang 8 Uhr,

Sonn- und Feiertags 1/2, 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr abends:

Frau Luna.

Burlesk-phantast. Ausstattungs-

Operette von Boiten-Bäckers.

Musik von Paul Lücke.

Im 4. Bilde: Das sensationelle

Luft-Ballett „Griogolita“,

ferner: 10 Spezialitäten und

Henry Bender

Hella Collier.

Kasseneröffnung und Anfang des

Garten-Konzerts 7 Uhr.

Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Billet-Vorverkauf täglich im Theater

und beim „Kunstlerdank“, Unter

den Linden 69.

Passage-Panoptikum.

Geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.

Der unverwundbare

Fakir Aratas.

Das 6jährige

Wunderkind

Marietta

(kann nur im

Finster sehen).

Son 6 1/2 Uhr: Spezialitäten-

Vorstellung.

Urania

Taubensstraße 48/49.

Um 8 Uhr: Im Theater:

Das Land der Fjorde.

Invalidenstr. 57/62:

Tägl. Sternwarte.

Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Ecke Friedrich- u. Behrenstraße.

Neu umgestaltet und

verschönert!!

Rumänische

Original-Zigeuner-

Kapelle

im Konzertsaal.

Victoria-Brauerei

Lützowstraße 111/112.

Jeden Sonntag, Montag u. Freitag

Humoristische Soiree der

Norddeutschen Sänger

(Führmann,

Horst, Walde).

Anfang:

wochentags

präc. 8 Uhr,

Sonntags

7 Uhr.

Entree 50 Pf.

Flora-Säle

Weber- B. Nieft Weber-

strasse 17, Nieft strasse 17

Empfehle meine eleganten Feste

mit großem Garten (Vandengang) zu

Festlichkeiten und Veranstaltungen.

Sonabende und Sonntage sind

noch frei, auch zu Seminarsnachts-

Bällen, zu salanten Bedingungen.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenhalde 14-15.

Kritische Leitung: Paul Milbig.

Täglich: Großes Garten-Konzert.

Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Auftreten des gesamten Schauspiel- und Spezialitäten-Personals.

Nur erkrankte Kräfte.

Georg Fischer (Viederfänger), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Hedy Brumlen

(Rohium-Soubrette), Dora Marechta (Barfocce-Quillbrünn), The Barings

(Centricques) usw.

Neues gediegenes Familien-Programm.

Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.

Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.

Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr

Zu den Festlichkeiten: Großer Saal.

Die Kaffeeküche ist geöffnet. Max Kliem.

Max Kliem.

Reichshallen.

Täglich:

Warenhaus A. Wertheim.

Berlin, Leipzigerstr. 132/33.

Versand-Abteilung
Proben und Preislisten portofrei.

Rosenthalerstr. 27/29, 54/55.

Oranienstr. 53/54.

Blusen, Handschuhe, Sonnenschirme.

- Bluse, bedruckt Kattun hell und dunkel 1,65 u. 1,85 M.
- Bluse, Batist mit Stickerei, Passe und Volant 4 M.
- Bluse, Zephyr, Vorderteil mit Blenden und Stickerei 5,50 M.
- Bluse, bedruckt Organdy mit reicher Garnitur 8 M.

Blusenhemden.

- Blusenhemd, gemustert Perkal mit Falten 2,75 M.
- Blusenhemd, bunt Perkal mit Bordüre 3,50 M.
- Blusenhemd, kariert Zephyr 5 M.
- Blusenhemd, gestreift Perkal mit Schnur-Einsatz 5,50 M.

Jupons.

- Jupons, Moirée 3,80, 4,50, 6,25 u. 8,25 M.
- Jupons, Mohair 2,50, 2,90, 3,75, 4,50 u. 5,50 M.
- Jupons, Leinen 1,60, 3,50 u. 5 M.
- Jupons, Taffet einfarbig u. gestreift 9,50, 14,-, 14,50 M.

- Kostümrock, Cheviot, gefüttert 6, 8 und 11,75 M.
- Kostümrock, gemustert Alpaca 7,50 M.
- Kostümrock, glatt Alpaca 12,75, m. Volant 16,50 u. 28 M.

- Zwirn-Handschuhe, farbig 28 Pf., mit gemust. Hand 40 Pf.
- Zwirn-Handschuhe, farbig und weiss mit Druckkn. 65 Pf.
- Halbseid.-Handschuhe, farbig, schwarz und weiss 65 Pf.
- Glacé-Handschuhe, farbig 1,35, weiss 1,50 M.
- Glacé-Handschuhe, farbig mit 3 Druckknöpfen 1,65 M.

- Sonnenschirme, moderne Farben 2,75 M.
- Sonnenschirme, weiss Körper mit Einsatz 2,60 M.
- Sonnenschirme, weiss Satin mit Einsatz und Spitze 5,25 M.
- Entoutcas, reine Seide, mit Futteral 5,90 M.

Damenstrümpfe, englische Länge, schwarz und lederfarbig, Paar 30, 42 und 65 Pf. Ripsgürtel, halbseidene in allen Farben 45 Pf.

Fahrtgeld wird vergütet.

Jacques Raphaëli
Inh.: **Th. Büsing**
— Berlin C., An der Spandauer Brücke No. 2. —

Schuhwaren.

Garantie f. Haltbarkeit
durch gedruckte Garantiescheine.

Eleganteste Passform.



Für Herren:

- Segeltuch-Schnürschuh, Absatz, Lederbesatz . . . 3,10
- Rindleder-Zug- oder Schnürschuh, reine Leder- zuthaten . . . 3,90
- Echt Ziegenleder braun Schnürschuh . . . 5,75
- Zugstiefel ohne Naht, Rindleder . . . 5,-
- Zugstiefel ohne Naht, Wildkalbleder, genäht . . . 6,75
- Schnürstiefel, in Ross-, hochfeine Ausführung, spitz und eckig . . . 8,50
- Derselbe in braun, echt Ziege . . . 10,-
- Raphaëli Goodyear Welt, Kalb-Schnürstiefel, ohne Naht . . . 10,75

Für Damen:

- Segeltuch-Schnürschuh, Absatz, Lederbesatz . . . 2,60
- Rossl. Schnür- oder Knopfschuh . . . 3,75
- Echt Ziegenleder braun, Schnür- oder Knopfschuh 4,25
- Echt Ziegenleder, Schnür- oder Knopfstiefel 6,75, 7,50
- Brauner echt Chevreaux-Knopf- od. Schnürstiefel in elegantester amerikanischer Façon, nur . . . 9,50

Kinder-, Mädchen-, Knabenschuhe u. Stiefel
jeden Genres, jeder Grösse in grösster Auswahl.

Grösstes Lager in
Herren- und Knaben-Garderobe,
Cigarren, Cigaretten u. Spirituosen.

Bei Einkauf von M. 3,- an Reiseflasche
mit Liqueur gratis.

Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.

Was ist Schapitograph?
Schapitograph ist ein Apparat, der die Schapitographie ermöglicht. Er besteht aus einem Schreibapparat, der auf einem rotierenden Zylinder arbeitet. Die Schapitographie ist eine Methode, die es ermöglicht, die Schapitographie zu schreiben. Sie ist eine Methode, die es ermöglicht, die Schapitographie zu schreiben. Sie ist eine Methode, die es ermöglicht, die Schapitographie zu schreiben.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Unfälle, Mary etc. in Cigarrenpfeifen, Pfeifen, Radeln, Brochen, Knöpfen, Hülsen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechselware u. Repair. (Man verl. Preisliste).

Heute, den 16. Mai, abends 8 Uhr,
beginnt ein neuer praktischer Elektromotorenkursus. Dauer 4 Monate. Jeder arbeitet selbst mit. Anmeldungen noch diese Woche zulässig.
Donnerstag, den 25. Mai, abends 8 Uhr,
beginnt ein neuer theoretischer Abendkursus. Dauer 6 Monate. Honorar monatlich 6 Mark.
„Elektra“, Prinzenstr. 55, I,
gegenüber der Turnhalle. Prospekte gratis. Tel.: Amt IVa, 6006.

Fahrräder
Eicht, leicht, elegant, erstklassiger Fabrikat, auf Teilzahlung, ohne Preiszahlung, Abzahlung auf den Kauf, Abzahlung, Abzahlung, Abzahlung.

Wenig gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstr. 48 I.
Nicht am Rosenfelder Thor.

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzenstr. 97,
parterre.

Fertige Kleider
zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid a. reißwollenen englischen Stoff, 15 Wrt., 18 Wrt.
Fertiges Kleid, eleganter Frauenmantel-Façon, engl. Stoff, 20 Wrt., 25 Wrt., 30 Wrt.
Schwarze Kleider 20 Wrt., 25 Wrt.
Gesellschafts-Kleider in den neuen Façons 20 Wrt., 30 Wrt.
Einzelne Röcke
in den neuesten Façons, schwarz und farbig, auf Futter 6 Wrt., aus guten defizierten Stoffen 7 Wrt., 10 Wrt., 12 Wrt., 15 Wrt., 20 Wrt.
Jackenkleid
in Roben und Cheviot 12 Wrt., 15 Wrt., 18 Wrt.
Jackenkleid
in Cheviot und Covercoat 25 Wrt., 30 Wrt., 36 Wrt.
Figarokleid
(Mod. mit kurzen Ärmeln) 12 Wrt., 15 Wrt., 18 Wrt.
Seiden-Kleider 50 Wrt., 60 Wrt.
Jacketts
nur die neuesten Façons, 8 Wrt., 10 Wrt., 12 Wrt., elegant verziert 15 Wrt.
Capes und Kragen, beidseitig 5 Wrt., 7 Wrt., 9 Wrt., 12 Wrt., 15 Wrt.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße,
Ede Lindenstraße.

Billige Möbel verk.
Holzstamm, Burgdorferstr. 13, 3. Aufg.

20. Ziehung d. Klasse 200. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 15. Mai 1897, Freitag.
Für die Gewinner der 200. Klasse sind folgende Gewinne im Verzeichnis beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

17 25 219 25 372 573 (300) 781 (1000) 1241 333 519 2300	74 108 224 39 528 95 822 7876 948 4030 (1000) 79 249 455	627 5224 6199 221 476 935 7205 449 827 954 8215 97	585 821 712 (10 000) 13056 41 126 94 223 225	10479 817 33 942 11325 629 748 (500) 888 12228 633	81 831 965 13077 (500) 511 825 (3000) 14028 443 776 2026	57 (1000) 15944 428 526 638 735 884 (1000) 13049 549 376	728 889 17613 18129 (300) 22 223 621 911 19267 745 76	(300) 829	20184 (300) 333 520 729 21274 (300) 408 819 99 22221	(3000) 352 829 89 22069 62 210 446 644 718 24214 426 829	984 25115 298 (300) 502 822 945 22628 154 472 640 79	(300) 730 27301 31 65 400 506 42 821 28291 137 319 24912	183 818	30148 75 219 564 87 707 883 912 69 31124 444 840 915	(300) 41 32229 325 46 (1000) 68 653 79 815 (5000) 31 24 22323	219 576 888 966 34022 179 (3000) 420 24 67 735 822 919 325177	98 320 35 36028 79 507 72 79 (300) 730 908 37017 44 128	41 57 302 737 30 844 (300) 905 (1000) 28280 129 57 781 853	87 39025 250 69 (3000) 347 783 896	40084 128 126 823 (3000) 41214 792 42069 114 211	541 685 735 840 43272 410 22 629 49 618 99 44126 74	206 64 404 43 618 26 757 959 45046 115 223 46261 341 40	442 735 (1000) 73 829 47105 48 244 432 694 48226 322 843	49120 541 689	50026 130 49 548 712 899 51110 346 (3000) 648 716 81	52274 544 72 639 (3000) 765 829 53441 729 66 54078 191	402 551 711 44 46 840 929 65948 223 (300) 819 51 556 95 803	728 825 26289 413 577 711 830 926 22 67294 768 825 55201	111 51 688 682 967 69229 956	60114 98 (300) 207 663 732 870 915 (1000) 61021 192	(1000) 632 (3000) 805 62150 315 547 694 793 896 904 62333	408 536 (1000) 967 64011 182 36 454 (3000) 30 812 33 382	65508 329 557 62 788 823 (300) 60125 70 (3000) 319 429 517	690 725 27 881 67773 65 447 618 69126 547 (3000) 619 87 343	70548 96 646 703 81 (500) 71551 72063 299 349 476	(300) 321 628 749 (1000) 41 826 974 73018 718 40 68 829	(3000) 991 74226 87 360 401 721 75233 63 199 669 81 708	829 76080 250 602 789 826 77142 (300) 36 284 91 328 617	719 79155	80226 86 721 38 902 81099 121 22 26 422 95 620 62 75	747 945 82216 428 548 (500) 99 (1000) 646 750 954 82129	81 249 94 629 736 79 826 93 921 84129 85068 102 29 227 342	589 26297 965 802 629 807 75 (1000) 87036 534 821 (1000)	979 88108 856 89333	90115 19 320 91705 919 69220 63226 23 658 89 94	94079 329 329 622 41 62 701 829 917 92929 157 402 621 929	(3000) 90316 35 580 847 97366 767 98 481 549 617 49 847	60 921 90114 43 291 353	100191 520 73 85 (500) 606 (300) 69 832 939 101022	320 397 84 459 622 859 162013 33 219 35 103422 527	164309 878 91 753 705428 879 89 924 104225 325 424 36	729 39 827 107422 81 622 829 108288 (1000) 421 644 746	88 891 109129 69423 99 706 (300)	116126 655 (1000) 926 50 111078 164 253 429 892	(3000) 112466 17 634 (500) 828 112847 (300) 522 691	114283 738 959 115174 298 474 673 116129 203 16 738
---	--	--	--	--	--	--	---	-----------	--	--	--	--	---------	--	---	---	---	--	------------------------------------	--	---	---	--	---------------	--	--	---	--	------------------------------	---	---	--	--	---	---	---	---	---	-----------	--	---	--	--	---------------------	---	---	---	-------------------------	--	--	---	--	----------------------------------	---	---	---

806 117016 292 368 90 (1000) 740 888 118301 25 455 609	11 97 119981 219 36 344 527 776 (311)	120783 121020 28 251 428 627 816 122134 387 605	815 81 124318 124045 648 (1000) 125006 226 331 341 821	(3000) 972 126205 529 793 (2000) 897 127079 (1000) 107	(300) 994 (3000) 414 63 558 82 (300) 909 128120 (300) 13	252 294 628 21 42 120177 304 588 (3000) 617	130297 625 847 (1000) 919 (300) 23 (5000) 54 65 85 13	131017 83 144 47 91 215 331 959 132161 478 548 959 133427	134422 48 176 297 514 678 509 928 135128 326 889 978	136125 314 659 137222 36 125 (300) 213 694 62 778 138191	200 800 61 922 139125 70 251 621	140222 332 643 56 831 141223 371 341 621 793 142712	23 144228 226 (1000) 312 62 707 878 922 26 145114 244	279 50 800 146276 771 692 54 61 (300) 147076 284 476	99 501 906 93 148912 501 703 149044 311 443 527 738 831	929 61	150348 84 (300) 571 655 802 931 (1000) 151009 422 63	697 (300) 744 152201 432 79 621 778 824 78 153035 241	327 571 727 828 921 24 154007 126 420 739 866 945 26 155532	640 737 150015 283 453 56 (1000) 624 157124 228 412 829	(300) 158921 (300) 143 70 89 292 617 850 159129 311 543	662 726 81 874	160281 491 878 558 60 (300) 99 161017 62 74 143 448	832 968 162020 95 (1000) 329 50 526 163028 424 844 74	728 35 88 881 164024 (300) 192 226 515 748 165122 209	9 334 77 422 825 935 166949 558 167017 154 232 727 63	168125 529 61 732 169144 (5000) 214 526 612 52 99	170025 122 94 613 89 705 171208 624 844 172239 (300)	573 784 946 173028 257 81 446 716 174141 64 286 585	175010 229 93 445 329 706 811 176122 328 (1000) 325 627	(1000) 929 177746 484 776 878 178076 129 329 326 65	443 822 63 777 817 79 915 59 179334 502 615 844	180050 189 642 919 29 181129 426 529 629 96 709 924	182116 326 432 542 846 807 34 183040 192 549 813 184022	325 425 526 695 (500) 75 828 185330 417 598 186043 411	81 187119 36 85 224 322 529 729 926 188124 457 507 823	948 85 189123 (500) 97 112 84 744 229 621 61 724	190162 206 19 553 75 710 191023 189 237 429 810 75	(1000) 192390 79 448 649 (300) 192317 456 478 549 89 971	(300) 194218 125 253 770 (3000) 823 (1000) 83 826 96 195122	86 91 212 56 922 196225 56 532 197225 329 651 926 198225	(300) 425 199225 165 292 529 620 821	200014 328 422 910 77 201071 254 87 285 641 (500) 813	31 202212 326 19 36 64 85 41 81 533 606 822 7 953 203222	625 727 822 982 204128 98 378 549 629 941 205025 122 356	800 47 928 44 74 206029 872 207027 229 (1000) 724 43	208361 499 710 209064 821 (1000) 418 551	210025 135 (300) 559 777 211102 329 426 574 628 72 807	212028 (3000) 378 424 628 29 53 704 38 (300) 322 (300) 92	213029 226 419 329 80 628 51 808 214024 126 (50 000)	224 66 304 (300) 71 86 417 (300) 22 282 745 62 860 (1000)	215211 368 520 75 920 216219 43 194 749 821 929 26 217026	520 (1000) 829 218127 (3000) 66 340 85 717 828 (300) 219126	51 25 (3000) 225 381 410 (300) 548 795 827	220275 629 93 (500) 938 221429 513 29 41 742 51 929	78 (300) 222021 (500) 66 994 223016 826 (1000) 528 (300)	629 89 708 224224 80 324 51 87 (3000) 875 (300) 828 75	225026 99 126 80 224
--	---------------------------------------	---	--	--	--	---	---	---	--	--	----------------------------------	---	---	--	---	--------	--	---	---	---	---	----------------	---	---	---	---	---	--	---	---	---	---	---	---	--	--	--	--	--	---	--	--------------------------------------	---	--	--	--	--	--	---	--	---	---	---	--	---	--	--	----------------------

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Wiede in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Dritter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Sechster Verhandlungstag. Frankfurt a. M., 13. Mai 1899.

Vormittags-Sitzung.

Zunächst gibt Bringmann-Hamburg den Bericht der Redaktionskommission für die Resolution über den Organisations-Entwurf der Generalkommission. Die von der Kommission ausgearbeitete Resolution schlägt eine Vergrößerung der Generalkommission von 5 auf 7 Mitglieder vor und will der Generalkommission folgende neue Aufgaben zuweisen:

4. Pflege der internationalen Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder, sowie Sammlung und Ausbarmachung des über Entstehung und Entwicklung dieser Beziehungen der einzelnen Gewerkschaften vorhandenen Materials.

5. Soweit die der Generalkommission zur Verfügung stehenden Mittel hierzu ausreichen und die Gewinnung geeigneter Personen hierfür möglich:

a) Sammlung und Ausbarmachung des in den amtlichen Publikationen des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden (als Statistik des Deutschen Reiches, Jahresberichte der Fabriksinspektoren, der statistischen Landes- und städtischen Ämter etc.), ferner in den Berichten der Handels- und Gewerbestammern, Versicherungsbehörden, Stranthalassen etc., sowie in Zeitschriften und sonstigen Druckwerken sich immer mehr anhäufenden Agitationsmaterials speziell für die Gewerkschaftsbewegung.

b) Erweiterung des „Korrespondenzblattes“, so daß dasselbe eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften, über die Streikbewegung, über die innere Einrichtung und Verwaltung der verschiedenen Organisationen, über wichtige Diskussionen in den Fachblättern, besondere Eigentümlichkeiten einzelner Verufe und deren Einwirkung auf die Organisation, Auszüge aus den regelmäßigen Abrechnungen der einzelnen Verbände, Berichte über die Geschäftslage, über die Unternehmer-Organisationen, über wichtige Projekte etc., sowie auch das nach der Aufgabe unter a) bearbeitete Material enthält.

c) Herausgabe eines Jahresberichtes der Generalkommission, welcher als Handbuch für alle wichtigeren Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann. In dem Jahresberichte sind die jährlichen statistischen Ausweise über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren Einnahmen und Ausgaben nebst der Streikstatistik zu veröffentlichen.

d) Die Aufklärung der Arbeiter durch geeignete Publikationen über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung und der Wahl der Arbeitervertreter zu den hier in Betracht kommenden Körperschaften; ferner: Leitung aller diesbezüglichen Wahlen, welche die Einwirkung von einer Centralstelle aus erfordern.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen mit dem Zusatz, daß Isenrath für die neuen Aufgaben der Generalkommission die vorhandenen Kräfte nicht anrechen, auch außerhalb der Kommission stehende Personen herangezogen werden. Den auf diese Weise etwa anzustellenden Beamten steht in den Sitzungen der Generalkommission und des Gewerkschaftsausschusses beratende Stimme zu.

b. Ein giebt hierauf den Bericht der Redaktionskommission über die Resolution zum Punkt Arbeitsvermittlung. Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß der alte Grundsatz der Gewerkschaften, die Arbeitsvermittlung ist Sache der Arbeiter, nicht aufgegeben werden darf. Von der Resolution Leipart sind deshalb von der Kommission hauptsächlich diejenigen Punkte übernommen worden, welche die unerlässlichen Vorbedingungen für eine Mitarbeit der organisierten Arbeiter an den städtischen Nachweisen streng festlegen. Diese Bedingungen müßten sogar verschärft werden. So an dem Punkt, wo die Wahl der Arbeitervertreter gefordert wird. Nicht bloß Gewerkschafts-Beisitzer, die mandatarisch in ihrem Amt außer Achtlassung mit der Arbeiterschaft kommen, sondern auch sonstige Arbeiter sollen gewählt werden können, und ein Bestätigungsrecht des Magistrats für die anzustellenden Beamten soll auch nicht grundsätzlich zugestanden werden. Vorzuziehen ist bei allen anderen als den gewerkschaftlichen Nachweisen am Platze. Die Arbeiter haben sich nicht dazu herzugeben, den Bestrebungen bürgerlicher Sozialreformer Vorschub zu leisten. Die Frage der Arbeitsvermittlung durch kommunale Arbeitsnachweise dürfe nicht übersehen werden. Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises ist viel größer. Wir bitten Sie deshalb, unsere Resolution anzunehmen.

Diese Resolution lautet: Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung ist ein wertvolles Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiter und zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Der Kongress hält deshalb nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkt fest, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt.

Die Mitwirkung von Staat und Gemeinde bei der Arbeitsvermittlung kann deshalb nur darauf beschränkt sein, die Mittel für die dazu notwendigen Einrichtungen und deren Erhaltung zur Verfügung zu stellen.

Der Kongress erkennt dagegen an, daß es unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen an manchen Orten für eine Reihe von Verufen von Vorteil sein kann, sich an kommunalen Arbeitsnachweisen zu beteiligen. Diefelben sind jedoch nach folgenden Grundsätzen auszugestalten:

a) Verwaltung durch eine in gleicher Zahl von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je in freier Wahl gewählten Vertretern zusammengesetzte Kommission unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden;

b) Führung der Geschäfte durch aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangene Beamte; Wahl derselben durch die Verwaltungskommission;

c) Ablehnung der Vermittlung von Arbeitskräften an solche Arbeitgeber und Dienstherrn, welche notorisch ihre Pflichten als Arbeitgeber nicht erfüllen, sowie an solche Arbeitgeber, welche bei ausbrechenden Differenzen mit ihren Arbeitern in keine Verhandlungen zur Beilegung derselben mit der zuständigen Arbeiterorganisation eintreten wollen;

d) genaue Feststellungen über die Lohnbedingungen und Veröffentlichung derselben mit den übrigen Ergebnissen der Arbeitsnachweis-Statistik;

e) vertragmäßige Verpflichtung der Arbeitgeber, die vor dem Arbeitsamt angegebenen Arbeits- und Lohnbedingungen nach erfolgter Einstellung auch zu erfüllen, um den Arbeiter oder Dienstherrn vor Täuschung oder Benachteiligung zu schützen;

f) vollständige Gebührenfreiheit und Uebernahme der gesamten Kosten auf die Gemeinde- oder Staatskasse.

Wo kommunale Arbeitsämter errichtet werden, hat die organisierte Arbeiterschaft ihren berechtigten Einfluß geltend zu machen und für die Durchführung vorstehender Forderungen einzutreten, ohne daß die einzelne Gewerkschaft verpflichtet werden kann, den etwa bestehenden, gut funktionierenden Fach-Arbeitsnachweise ohne besonderen Grund aufzuheben. Derartige Fach-Arbeitsnachweise sind jedoch möglichst mit dem städtischen Arbeitsamt in Verbindung zu bringen, um eine vollständige Arbeitsnachweis-Statistik zu ermöglichen. Paritätische Arbeitsnachweise sind nicht zu verwerfen, wenn es dadurch den Arbeitern gelingt, zugleich ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger und stabiler zu gestalten.

In den Arbeitsnachweisen der Innungen fällt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ebenfalls die Aufgabe zu, diese, wenn sie einmal geschaffen, nach Möglichkeit im Interesse der Arbeiter auszugestalten.

Jacob-Leipzig beantragt, im Punkt c der Resolution einzufügen, daß die Vermittlung auch unterbleiben muß, wenn keine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielt wird.

Leipart-Stuttgart erklärt, noch immer an seiner Resolution festhalten und auf Abstimmung über dieselbe bestehen zu müssen. Er würde für die Resolution nicht stimmen, da sie den nach seiner Meinung solchen Grundsatz aufstelle, daß der Arbeitsnachweis allein den Arbeitern gehöre.

Boegsch zieht die von ihm eingebrachte Resolution zu Gunsten der Resolution v. Elm zurück.

Unter Ablehnung des Antrages Jacob wird hierauf die Resolution v. Elm gegen fünf Stimmen angenommen, womit die von Leipart abgelehnt ist.

Es folgt die Beratung der allgemeinen Anträge.

Klein-Hamburg begründet folgenden Antrag des Verbandes der Brauer (Zahlstelle Hamburg): „Alle in der Brauerei beschäftigten Arbeiter: Brauer, Wächter, Brauerei-Hilfsarbeiter, Bierhülfer, Ställeute, Heizer, Maschinenisten und Arbeiter in Fleischelassen haben sich der für die gesamten Brauerei-Arbeiter bestehenden Organisation, dem Zentralverbande der Brauer und Berufsge nossen, anzuschließen.“

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Bömelburg angenommen: „Die Generalkommission hat in nächster Zeit eine Zusammenkunft der in Frage kommenden Organisationsvorstände zu veranstalten, um schwebende Differenzen auszugleichen.“

Angenommen wurde noch ein Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter: Scheidet das Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation aus seinem Verufe aus, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Von der Organisation des neuen Verufe darf kein Zwang auf ein solches Mitglied ausgeübt werden, daß es sich dieser Organisation anschließen soll. Dagegen hat jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sich den Satzungen betreffs Lohn- und Arbeitsbedingungen derjenigen Organisation, in dessen Verufe es arbeitet, unterzuordnen.

Ebenso findet folgende Resolution die Mehrheit des Kongresses: „Es ist unzulässig, daß seitens einzelner Organisationen Mitglieder aufgenommen werden, für welche ihrer Beschäftigung nach eine Berufsorganisation besteht. Ganz besonders ist die diesbezügliche Agitation zu verurteilen, wenn dieselbe unter Hinweis auf niedrige Beiträge geschieht.“

Knapfer-Berlin bringt Angriffe Kehlens, die dieser in der „Einigkeit“, dem Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften, gegen den Kongress erhebt, zur Sprache und weist sie mit Entrüstung zurück. Es heißt darin: „Der Polzeischreiber der Gewerkschaftsbewegung Herr Schmöle befindet sich dort am rechten Platze in der Mitte seiner Freunde. Der bürgerlichen Presse ist diese Verharmlosung der Reform-Socialdemokratie natürlich ungeheuer angenehm und sie giebt ihren Gefühlen sehr warmen Ausdruck.“

Bömelburg giebt der Meinung Ausdruck, daß sich der Kongress mit der Person Kehlens in keiner Weise zu beschäftigen habe.

Bringmann-Hamburg: Es ist gewiß möglich, hier auf irgend welche Zeitungspublicationen einzugehen. Aber in der von Knapfer verlesenen Stelle des Artikels ist die Ehre eines Mannes in einer Weise angegriffen worden, daß Arbeiter sich schämen müssen, weil diese Angriffe von Arbeitern ausgehen. Ich kann hier erklären, daß Dr. Schmöle in seinem Buche das von den Zimmerern ihm anvertraute Material in loyalster Weise benutzt hat. Wenn sich Dr. Schmöle in Zukunft noch an andere Organisationen wenden sollte, so dürfen ihm die Arbeiter volles Vertrauen schenken.

Dr. Schmöle: Ich habe hier nur zu erklären, daß ich im Auftrage meiner Polizei und keiner Behörde meine Untersuchungen über die Gewerkschaftsbewegung angestellt habe. Dafür trete ich mit meiner Person und meiner Ehre ein. (Beifall.)

Die nach kurzer Debatte angenommene und gegen die Vorschläge der Kommission nur wenig abgeänderte Resolution über die Kartelle lautet endgültig:

Die Gewerkschaftskartelle haben die gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen ihres Ortes zu vertreten, wie Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens, der Statistik, Bibliotheken, Errichtung von Arbeitersekretariaten etc. Sie haben die Arbeiterinteressen gegenüber den Behörden: Gewerbe-Inspektion, Gemeindeverwaltung etc. und bei Wahlen zu Gewerbegerichten und Versicherungsanstalten zu wahren. Sie haben weiter im Einverständnis mit den betreffenden Organisationsleitungen die Agitation unter den Verufen, deren Organisationen aus eigener Kraft dazu nicht imstande sind, zu unterstützen. Die Beschlußfassung über Streiks muß ausschließlich Aufgabe der Vorstände der Centralverbände sein. Die Kartelle sind verpflichtet, dem Centralvorstand der Organisation, die am Orte in einem Streik eintreten will oder sich im Streik befindet, auf Erfordern einen Situationsbericht zu geben. Materielle Unterstützung für Streiks wird seitens des Kartells nur dann gewährt, wenn der Centralvorstand der im Streik befindlichen Organisation dies beantragt oder seine Zustimmung erteilt hat. Ueber die Kartelle der Lohnbewegungen und bei auftretenden Fragen innerhalb ihres Werbesbereiches entscheidet die betreffende Gewerkschaft selbständig.

In die Generalkommission wurden gewählt Legien, Bölle, Bringmann, Pöplow, Stromberg, Demuth, Söbath, sämtlich in Hamburg.

Zum Schluß protestiert Legien noch in kurzen und kräftigen Worten gegen die Unterstellung der „Frank. Ztg.“ und anderer bürgerlichen Blätter, die aus Anlaß seiner Worte zum Kartellrechte gemacht worden ist, daß er einen Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und der socialdemokratischen Partei konstatiert habe. — Das sei nicht richtig, denn die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder seien socialdemokratisch. Das sei auch nur natürlich, denn die socialdemokratische Partei sei die einzige politische Partei, die die Forderungen der Gewerkschaften aus Ueberzeugung vertrete. (Beifall.)

Der Kongress hat damit seine Arbeiten erledigt. Raffini-Berlin spricht dem Bureau den Dank des Kongresses aus. Diefes gebent der Unterstützung durch das Lokalkomitee. Graf-Frankfurt a. M. sagt den Delegierten Lebewohl und drückt die Hoffnung aus, daß sie sich in Frankfurt wohl gefühlt haben.

Bömelburg hält das Schlusswort. Er hebt hervor, daß die Bewegung nicht bloß an Umfang, sondern auch an Tiefe gewonnen habe. Ein Gegensatz zwischen der Socialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung bestehe nicht. Bei aller Freiheit, die die Organisation allen Beteiligten für den wirtschaftlichen Kampf lasse, sei es Thatsache, daß die deutschen Gewerkschaften in der Socialdemokratie ihre politische Vertretung sehen. Der Gedanke, daß die jetzige Wirtschaftsweise durch die kollektivistische ersetzt werden muß, sei innerhalb der deutschen Gewerkschaften allgemein. Die Mitglieder seien in weitaus größter Mehrzahl Socialdemokraten und würden es bleiben. Die Gewerkschaften seien gewachsen mit der industriellen Prosperität. Aufgabe der Organisationen müsse es sein, die Bewegung auch für die Zeit der Krisen auf gleicher Höhe zu erhalten. Erst dann werde man sagen können, daß die Gewerkschaftsbewegung so tief Wurzel geschlagen hat, daß sie alle Stürme überdauern wird. Mit Zwangsgesetzen werde man den Gedanken der Solidarität in den Arbeitern nicht erlöten. Er wolle den Kongress nicht schließen, ohne der Opfer des Dresdener Justizhausprozesses zu gedenken. Wenn der Kapitalismus diese Leute auch geachtet habe, für die deutschen Arbeiter blieben die Verurteilten Ehrenmänner. Er schließt den Kongress mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung und die internationale Solidarität. Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein. Der Kongress ist damit geschlossen.

Größte Auswahl in der Hutbranche! Letzte Neuheit „American“, Heller Gut, à 2,50 und 3 Mark. Hocheleganter Cylindar à 7,50 Mark. Welche Herrenhüte von 1,50 Mark an. Strohhüte, dicke Formen, von 1,50 Mark an. Zu jedem Gut ein vergoldetes Monogramm gratis. Alvin Sussmann, Hut-en gros, Holzmarktstr. 38 part.

Detail-Verkauf der Deutsch-Amerikanischen Schuhfabrik (G. m. b. H.) Gr. Frankfurterstr. 103 am Strahberger Platz. Oranienstrasse 162 am Oranien-Platz. Rosenthalerstr. 42 am Facheischen Markt. Friedrichstrasse 131 vis-à-vis Cranzenburgerstraße. Blücherstrasse 13 vis-à-vis der Kirche. Müllerstrasse 3 vis-à-vis der Gadausfalt. Wilsnackersstrasse 10 nahe Turmstraße. Spittelmarkt 12 310. Kur. u. Niedertwallstraße. Specialität: Herrenstiefel, gewalkt von Mk. 3,90 an.

Iffland-Bad Marsillusstr. 9, zwischen Blumen- u. Gr. Frankfurterstr. Sool-, Pflanz-, Schwitz-, Fichtennadel-, Bäder. Für Damen Dienstag und Freitag Vormittag. Sammelliche medizinische Bäder. Annahme sämtlicher Krankentassen.

Jungbier 22. 15 Pf. n. Sprit L. 1-25. sowie sämtl. Essenzen. Vabir. 9. Fahrräder-Teilzahlung direkt aus der Fabrik. mäßige Anzahlung, cont. Teilzahlung. 1 Jahr schriftl. Garantie. 33. Cranienstr. 33. (10302)

Bereinzimmer frei SW. Einraum Nr. 23. A. Fliek. Loh-Tannin-Bäder Dampf, Heißluft, Sool, Wannen u. andere medizinische täglich für Damen u. Herren in der Kur- u. Heilanstalt Meiershof, Berlin N., Katerstr. 132. Neu eröffnet. Größte hygienische Sauberkeit. Bäder für sämtl. Krankentassen. Ein Probabad erhält Inhaber dieser Annonce zum Versuch vollständig umsonst bis 1. Juni 99 nur 1 Probabad gratis. (17323) Richter, früh a. d. Spand. Br. 6.

Sophatoffe auch Reste in Nips, Damast, Crepe, Whantose, Gobelin und Plüsch (woitbillig) 10000. Proben franco! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Cranienstr. Emil Lefèvre, Nr. 158.

Möbel und Polsterwaren. Grobes Lager. Gelegene Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt. A. Schulz, Weichenburgerstr. 5. Auch Theilzahlung!

Berliner Flick-Schusterei „Hans Sachs“ Befehl- und Reparatur. Werkstatt Brunnenstr. 196 am Rosenhof. Thor. Telefon Amt III. 3315. Schnell-Reell! Pflialen mit Ladengeschäft: I. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 156. II. W. Gleditschstrasse 48 (am Winterfeldplatz). Saubere Arbeit! Unbedingte Reellität! Herren-Sohlen M. 1,65 Absatz 60 Pf. Damen- „ „ 1,30 „ 50 „ Knaben- „ „ 1,30 „ 50 „ Mädchen- „ „ 1,00 „ 40 „ Kinder- „ „ 0,60 „ 30 „ Handarbeit! Pa. Kernleder! Schnell! Reell! Lager nur soider billiger Schuhwaren. Abholen und Wiederbringen gratis!

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Verammlung
im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18 c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über „Wahlen, Kräfte, politische Verhältnisse und medizinische Sachverständige“. Referent: Genosse Georg Wagner. 2. Diskussion. 3. Vereinsnachrichten.
Wäge haben Zutritt.
Regen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)
Dienstag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale „Urania“, Wangelstraße 11:

Verammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Glocke über: „Verhältnis Streikverbot, Voraussetzungen des Sozialismus“. 2. Diskussion. 3. Vereinsnachrichten.
Wäge haben Zutritt.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Weichstr. 20/21.

Vertrauensmänner-Verammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
1. Die Anschläge der vereinigten deutschen Möbel-Fabrikanten auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband. 2. Bericht über den Verlauf der Reichstags-Verhandlungen; Bericht über die Differenzen.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, in Berends Hofsaal, Mantelstraße 95:
Branchen-Verammlung der Eignmöbel-Tischler Berlins.

Tages-Ordnung:
Die Entlassung der Kollegen in der Eignmöbel-Fabrik von Stehmann, Reichensbergerstr. 142, infolge des 1. Mai.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Rixdorf.
Deutscher Holzarbeiter-Verband

Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Verammlung
im Lokale des Herrn Klemke, Bergstraße 137.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Schlichtung der Accordarbeit und wie dieselbe zu bewerkstelligen ist.“ 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin.)

Dienstag, den 16. Mai 1899, abends 8 1/2 Uhr:
General-Verammlung
in Martens Hofsaal, Friedrichstraße 236.

Tages-Ordnung:
1. Kasendbericht und Bericht der Revisionen. 2. Bericht von der Generalversammlung in Halle a. S. 3. Beratung und Beschlußfassung des neuen Orts-Statuts. 4. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. - Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Merckel, Rixdorf, Steinmehstr. 55:
Versammlung für Rixdorf.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Grempe über: „Die neuesten Fortschritte auf verschiedenen Gebieten.“
Renewahl der Bezirksleitung.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Feuefelderbund. Berlin.
Genie abend - 16. Mai - 8 1/2 Uhr.

Mitglieder-Verammlung
im Restaurant Megele, Stralauerstr. 57.
Tages-Ordnung:
Abstimmung über die Veramendung und über Menderung des § 20.
Da die Einreichung in die Abstimmungslisten eigenhändig geschehen und baldigst erledigt sein muß, so ist allezeitiger Besuch erwünscht. Rein Mitglied darf die Abstimmung unterlassen, da sie die wichtigste Teil Beschehen des Bundes ist.
Paul Möhring.

Verein der Lithographen, Steindrucker
und Berufsgenossen Deutschlands (Zentrale Berlin D.)

Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
Mitglieder-Verammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Jubel 3. Diskussion.
Um zahlreiches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-
Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)

Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Raabe (oberer Saal), Kolbergerstr. 23:
Mitglieder-Verammlung.

Tages-Ordnung:
1. Verlagsverhältnisse und Verhältnisse der Arbeiter in der heimischen Industrie. Referent: H. Faber. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse.
In dieser Verammlung sind die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in heimischen Fabriken beschäftigt sind, speziell die der Kattun-Fabrikation, vom Schering, und Mebel, Werkstätten, ganz besonders eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Unker. Achtung!

Mittwoch, den 17. Mai, abends 7 Uhr,
im Saale der „Arminshallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
Große öffentliche Verammlung
der Unker Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lokalkommission und Wahl von drei Revisoren. 2. Bericht der Delegierten zur Generalkonferenz-Kommission und Neuwahl derselben. 3. Besprechung über den von den Unker-Verbandsmitgliedern beantragten Tarif. 132/15
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Lokalkommission.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoben in Berlin. Für den Informaten verantwortlich: Th. Gloke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Bekanntmachung.

Gemäß § 14, Absatz 4 des diesseitigen Statuts wird hierdurch nachfolgendes Verzeichnis der für die Wahlperiode vom 1. Januar 1899 bis 31. Dezember 1901 bestellten Vertrauensmänner bezw. Ersatzmänner der unterzeichneten Wahl zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

I. Arbeitgeber.		II. Berufliche.	
Vertrauensmänner.	Ersatzmänner.	Vertrauensmänner.	Ersatzmänner.
1. Berlin, Mit-Rölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt (Stadbez. 1-14).			
1. Berlin, Mit-Rölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt (Stadbez. 1-14).	1. Spengemann, Emil, Uhrmacher, Dorotheenstr. 80.	1. Känzel, Reinhold, Arbeiter, Kaiserstr. 11.	1. Rossmus, Edward, Rentier, Kaiserstr. 18, v. III.
2. Bohlmann, Heinrich, Pfarrer, Mittelstr. 25.	2. Vinde mit, Hugo, Agl. Garten-Inspektor, Dorotheenstr. 14, Untere Friedrichstr. 20.	2. Schröder, Fritz, Schuhmacher, Fischerstr. 25.	2. Wenz, Franz, Zimmerer, Alie Schützenstr. 10.
3. Kerkow, Franz, Fabrikant, Poststraße 19.	3. Untere Friedrichstr. (Stadbez. 15-30).	3. Friedrichs, (Stadbez. 15-30).	3. Wenz, Franz, Zimmerer, Alie Schützenstr. 10.
4. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 31-49).	4. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 31-49).	4. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 31-49).	4. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 31-49).
5. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 50-78).	5. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 50-78).	5. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 50-78).	5. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 50-78).
6. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 79-113).	6. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 79-113).	6. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 79-113).	6. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 79-113).
7. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 114-144).	7. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 114-144).	7. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 114-144).	7. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 114-144).
8. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 145-181).	8. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 145-181).	8. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 145-181).	8. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 145-181).
9. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 182-201).	9. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 182-201).	9. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 182-201).	9. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 182-201).
10. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 202-217).	10. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 202-217).	10. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 202-217).	10. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 202-217).
11. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 218-254).	11. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 218-254).	11. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 218-254).	11. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 218-254).
12. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 255-301).	12. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 255-301).	12. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 255-301).	12. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 255-301).
13. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 305-326).	13. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 305-326).	13. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 305-326).	13. Obere Friedrichstr. (Stadbez. 305-326).

Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin.
Der Vorstand.

Achtung! Dachdecker u. Berufsg.

Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr:
Gr. öffentliche Verammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
1. Endgültige Antwort der Reichsregierung auf unsere Forderungen, und was geboten ist nun zu thun? 2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Lokalkommission.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Drechsler!
In der Wilhelmstraße 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Bis jetzt ferngehalten.

Möbelpolierer.

Bei Müller, Krausstr. 37, sind die Kollegen gewahrt.
Zusatz ferngehalten. Bitte Der Vorstand des Verbandes.

Golzarbeitungsmaschinen-Arbeiter.

Bei der Firma Stehmann, Reichensbergerstr. 142, sind 2 Kollegen wegen Feiern des 1. Mai gemahrgel. Zutug ist ferngehalten.
82/13 Der Vertrauensmann.

Achtung!

Tätige Fleischer, die auf Wanderschaftsarbeit einget. sind, können sich anfangs (a. Stunde 65 Pf.) bei Rorige, Schindler, Weichstr. 4.

Tüchtige Kesselmiede

erhalten Arbeit bei Einmündung an Bismarckstr. 4, Wain, Lopenhagen. 1.
Glaschleifer
auf Bauhöfen und Facetten sucht Karl Heckert Nachf., Pringstr. 32.
Hans' Spieler verl. Gartenstr. 62.
Eucaterenlehrling verlangt K. Sanders, Zohn, Kassenstraße 14.

Stellenangebote.

Dreher od. Drechsler auf Ertragen wird verlangt Dowitz & Herz, Georgenkirchstr. 24.

20 Rameffs auf bessere Jodels

bauend Beschäftigung. 31798
Teile, Audenstr. 48.
Gehtes Schriftstellers - Mädchen sucht Schriftstellers Otto Teich, Drehtenstr. 99. 799
Mädchen für leichte Handarbeit, welches bereits in Maschinenfabriken gearbeitet hat, kann eintreten.
Dowitz & Herz, Georgenkirchstr. 24.
3 Verführerinnen, Vork, Waldemarstr. 51.
10 Karton-Arbeiterinnen, geübte, verlangt Hoffmann, Ritterstr. 78.

Drahthefterin

auf Druckmaschinen verlangt Kiefenstahl, Zumpo & Co., Zumpo, Zumpostr. 67. 1*

Stellengesuche.

Junges Mädchen, gewandt im Stenograph u. d. Schreibmasch. sucht entfert. Stellung, am lieb. a. d. Redaktion eines Papiers. 775
Geübte Fleischer an Daniel Sandmeister, Marburg a. d. Lahn, Augustinergasse